

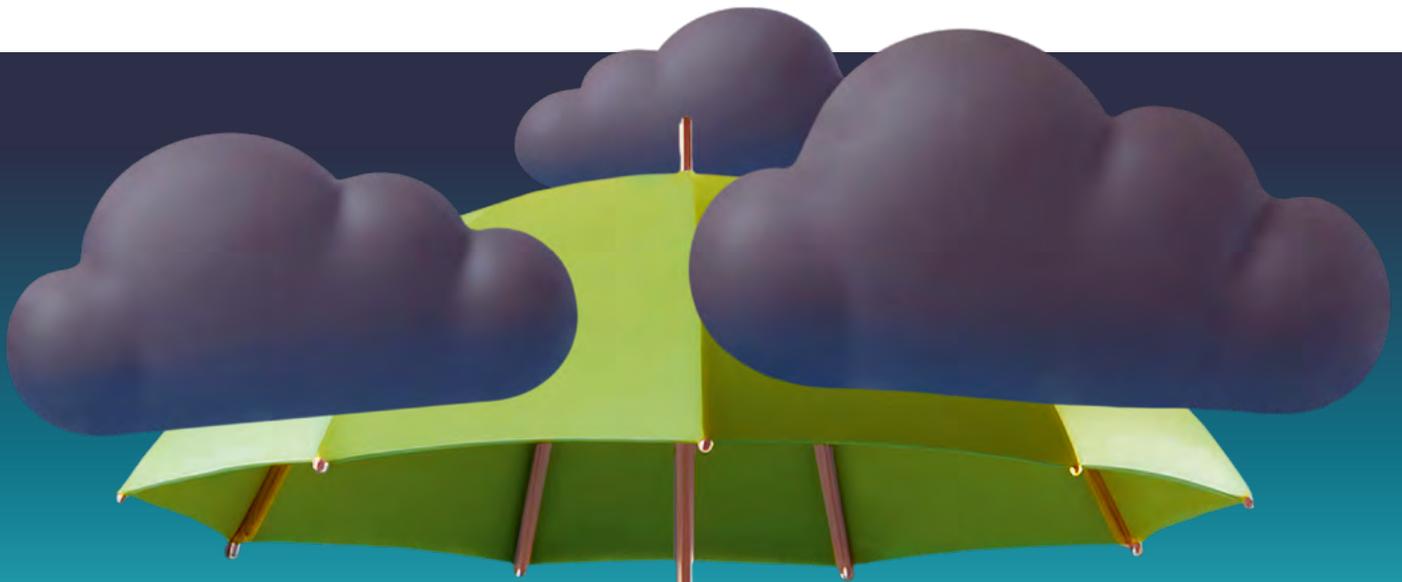
# WIR



*Magazin der Jungen Bürgermeister\*innen*

# KOMMUNALEN

3/24



Widerstandsfähige Städte  
und Gemeinden

# Kommunen resilient gestalten



**NETZWERK**  
JUNGE BÜRGERMEISTER\*INNEN

# Schutz, Vorsorge, Zukunft: Machen Sie Ihre Kommune resilient!

Starkregen, Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und andere Folgen des Klimawandels stellen unsere Städte und Gemeinden vor immer größere Herausforderungen. Jetzt ist es wichtiger denn je, die Widerstandsfähigkeit Ihrer Kommune zu stärken – für heute und für die Zukunft.

Mit maßgeschneiderten Lösungen unterstützen wir von Veolia Kommunen dabei, sich fit für die Zukunft mit all ihren klimabedingten, aber auch gesetzlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu machen. Mit innovativen Technologien in der Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung, mit nachhaltigem Infrastrukturmanagement und innovativen Regenwasser- sowie Löschwasserlösungen entwickeln wir gemeinsam mit Ihnen maßgeschneiderte Konzepte, die die Versorgung der Menschen sicherstellen, die Resilienz fördern und Ihre Gemeinde sicher durch Krisen führen.

Sichern Sie Ihre Kommune ab – mit Veolia.  
Weil wir nicht nur Wasserwirtschaft,  
sondern auch Schutz und Vorsorge verstehen.

[www.veolia.de/wasser](http://www.veolia.de/wasser)

## Liebe Bürgermeister\*innen, liebe kommunal Interessierte,

ein neuer Impuls, ein zukunftsweisender Moment: Am 12. November, auf Einladung des Bundespräsidenten, tritt erstmals die Initiative zur Staatsreform zusammen – leider nach unserem Redaktionsschluss. Doch die Richtung ist klar: Die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen und unserer Demokratie stehen auf dem Spiel, und wir als Netzwerk sind bereit, mitzuwirken, um beides resilienter zu machen. Wir sehen es als eine unserer zentralen Aufgaben, die Handlungsspielräume der Kommunen zu erweitern und das Vertrauen in den Staat auf lokaler Ebene zu stärken.

Diesen Anspruch diskutieren wir in einem Gespräch zwischen unserem Bundesvorsitzenden Michael Salomo und Staatssekretär Johann Saathoff aus dem BMI. Sie widmen sich den Herausforderungen, die der Populismus in den letzten Jahren zutage gefördert hat (Seiten 8-9). Resilienz betrifft aber nicht nur die Kommunen, sondern auch unser Netzwerk selbst, wie der Blick auf unseren aktuellen Startegiprozess zeigt. (Seiten 10-11).

Die diesjährigen Wahlen haben in aller Deutlichkeit gezeigt, dass es neue Ansätze braucht, um unsere Demokratie zu stabilisieren. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Handlungsfähigkeit der Kommunen, solide Finanzen, digitale Infrastruktur und eine moderne Verwaltung – Themen, die wir unlängst auch im Bundeskanzleramt angesprochen haben (Seite 12).

Doch die Herausforderungen gehen tiefer. Es sind nicht nur Finanzlücken, sondern ganze Strukturen, die neu gedacht werden müssen, wie der Think Tank Dezerat Zukunft in einem Beitrag zur finanziellen Zukunft der Kommunen analysiert (Seiten 14-15). Auch die Erfahrungen aus der Praxis lassen erahnen, wie umfassend die Aufgaben sind: vom Einsatz digitaler Zwillinge zur Klimaanpassung in Schwabach (Seiten 16-17) bis hin zu den Lehren, die aus der Flutkatastrophe im Ahrtal gezogen wurden (Seiten 20-21).

Überdies stellen wir alternative Ansätze vor, um dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu begegnen (Seite 19), und Strategien, die Kommunen im digitalen Zeitalter gegen Cyberangriffe wappnen sollen (Seite 18). Am Ende dieses Resilienzparcours erwarten euch dann praktische Tipps zu Strategien der Kommunalpolitik gegen Populismus (Seite 22-23) sowie über den Umgang mit Übergriffen und wie man „Stark im Amt“ bleibt (Seite 24).

Auch bei besonderen Veranstaltungen haben wir uns für die Resilienz und Stärke unserer Kommunen eingesetzt, etwa beim Bürgerfest des Bundespräsidenten (Seiten 26-27) und der Smart Country Convention (Seiten 28-29), die den Weg zu digitalen und widerstandsfähigen Kommunen ebnet.

Lasst uns weiterdenken und gemeinsam überlegen, wie wir unsere Kommunen – und damit unsere Demokratie – widerstandsfähiger gestalten können. Eine Vorschau auf wichtige kommunale Termine im kommenden Jahr zeigt, wo wir diese Arbeit fortsetzen können (Seite 30).

Viel Freude bei der Lektüre wünscht

**Henning Witzel**

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen



Foto: Ingo Boelter/ASK

*„Lasst uns weiterdenken  
und gemeinsam überlegen,  
wie wir unsere Kommunen –  
und damit unsere Demokratie –  
widerstandsfähiger gestalten können.“*



### IMPRESSUM

**Projektleitung und Redaktion:** Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Birgit Cüll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin  
**Anzeigen:** Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK. **Layout & Satz:** ASK **Druck:** MPC – Media Print Consulting GmbH & Co. KG, Am Fohlenhof 2b, 82256 Fürstenfeldbruck  
**Erscheinungstermin:** 11/2024



**BETTINA STARK-WATZINGER**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bundesministerin für Bildung  
und Forschung

### **Liebe Leserinnen und Leser,**

„... das Udenkbare mitdenken“ war ein sehr ernst gemeinter Satz, als das Bundesministerium für Bildung und Forschung dieses Jahr das Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ veröffentlicht hat. Denn die meisten Katastrophen treffen uns unerwartet – ob Pandemie, Hochwasser oder Terroranschlag – und trotzdem müssen wir uns als Gesellschaft vorbereiten, um in solchen Momenten nicht hilflos zu sein.

Ich begrüße es sehr, dass gerade junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in diesem Heft das Thema „Resilienz“ in den Mittelpunkt rücken und ihm damit den Stellenwert geben, den es verdient. Sie alle kennen die Lage: Polykrisen, herausfordernde öffentliche Haushalte, ein demografischer und sozialer Wandel, der die Zahl der Helferinnen und Helfer ausdünnen lässt – insbesondere auch im Ehrenamt. Letzteres müssen wir stärken und noch intensiver wertschätzen. Und wir müssen die haupt- wie ehrenamtlich Engagierten unterstützen, wenn sie Angriffen, Hass und Hetze ausgesetzt sind. Eine resiliente Demokratie lebt von uns allen.

Wichtiger werden jetzt auch Innovationen, soziale und technologische, damit wir trotz begrenzter Ressourcen die Prävention und den Zivilschutz voranbringen können. Mit Künstlicher Intelligenz und Robotik zum Beispiel. 3D-Lagebilder, Drohnen und neueste Bergungstechnik – all das kann Engagierte entlasten und im Ernstfall Leben retten. Deswegen liegt mir unsere Forschung so am Herzen. Zugleich steht für mich fest: Wir brauchen die Wirtschaft mit an Bord. Damit gute Ideen den Weg vom Labor ins Leben finden. Und damit Sicherheit „made in Germany“ auch international zum Einsatz kommen kann.

Vielleicht entsteht die nächste Innovation sogar bei Ihnen vor Ort. Unser „SifoLIFE-Wettbewerb“ kann einen Rahmen dafür bieten. In fünf Kommunen werden derzeit neue, übertragbare Sicherheitslösungen für den Katastrophenschutz erprobt, etwa ausfallsichere Kommunikationssysteme oder die effektivere Rettung von Menschenleben mithilfe digitaler Technologien.

Resiliente Kommunen sind das Fundament einer resilienten Gesellschaft. Gut, dass das *Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen* diese Chance ergreift. Ich wünsche Ihnen, dass Wissenschaft und Kommunen dazu noch öfter und enger in den Austausch kommen, denn ich bin überzeugt: Das stärkt uns alle.

Großen Dank für Ihre wichtige Arbeit!

**Bettina Stark-Watzinger**

# WARUM WIR DABEI SIND



**Dana Hauke,**

*Bürgermeisterin der Marktgemeinde Eiterfeld*

*Als neugewählte Bürgermeisterin bin ich überzeugt, dass Netzwerke wie das der jungen Bürgermeister\*innen essenziell für unsere Arbeit sind. Der Austausch mit anderen Mandatsträger\*innen ermöglicht es uns, voneinander zu lernen, Synergien zu schaffen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Ich mache mit, um das Netzwerk zu stärken und diese Aspekte aktiv zu leben. Denn: „Gemeinsam geht mehr“.*



Foto: Privat



**Toni Köppen,**

*Bürgermeister der Stadt Bad Segeberg*

*Viele junge Kolleginnen und Kollegen eint dasselbe Ziel, alle wollen ihre Stadt/Gemeinde weiterentwickeln. Moderne und innovative Ideen werden im Netzwerk über Grenzen hinweg ausgetauscht und es ist sehr bereichernd mit den vielen tollen Menschen in den Austausch zu gehen. Ich bin dankbar Teil dieser Gemeinschaft junger Bürgermeister\*innen zu sein.*



Foto: Privat



**Florian Liening-Evert,**

*1. Bürgermeister der Gemeinde Hendungen*

*Nirgendwo anders ist das Verständnis für unser Handeln, für unsere Gedanken oder für unsere Themen, die mit dem tollen Amt eines Bürgermeisters einhergehen, höher als im Netzwerk der jungen Bürgermeister\*innen – zumal sich viele von uns in einer vergleichbaren Lebenssituation befinden. Hier kann man wirklich von einer kollegialen Beratung sprechen, die auf Augenhöhe stattfindet und Mehrwerte schafft.*



Foto: Privat



**Madeline Temme,**

*Bürgermeisterin der Gemeinde Ostramondra*

*Als junge Bürgermeisterin schätze ich am Netzwerk die frischen Perspektiven und den Austausch unter Gleichgesinnten. Durch die Vernetzung entstehen Synergien, die es ermöglichen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. Hier spielt es keine Rolle, ob Haupt- oder Ehrenamt, oder wo die Gemeinde- oder Landesgrenze verläuft. Gemeinsam kann man von bestehenden Projekten und Best Practices profitieren und voneinander lernen. Und es tut gut zu wissen, dass man in vielen Belangen nicht allein dasteht.*



Foto: Karo Grossmann



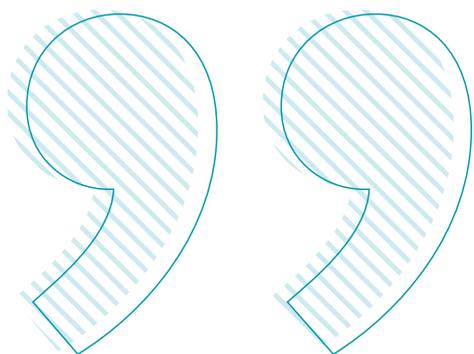
**Pascal Wasow,**

*Bürgermeister der Gemeinde Epfenbach*

*Als junger Bürgermeister setze ich mich leidenschaftlich für unsere Gemeinde ein, weil ich fest an die Kraft von frischen Ideen und innovativen Lösungen glaube. Meine Generation wird die Zukunft gestalten, und ich möchte aktiv dazu beitragen, unsere Gemeinde lebenswerter, nachhaltiger und zukunftssicher zu machen. Gemeinsam können wir den Wandel vorantreiben und eine starke Gemeinschaft aufbauen.*



Foto: Gemeinde Epfenbach



# MEIN RATHAUS ...

## Monschau

Die Stadt Monschau liegt mit ihren sieben Ortsteilen direkt an der Grenze zu Belgien und am Nationalpark Eifel. Unsere malerischen Fachwerkhäuser, die aktiven Dorfgemeinschaften, aber auch die einzigartige Natur bieten nicht nur unserer Bevölkerung eine hohe Lebensqualität, sondern locken auch das ganze Jahr über Gäste von Nah und Fern in unsere Heimat.

Das Wahrzeichen der Stadt, das ab und zu von Ortsunkundigen schon mal mit dem Rathaus verwechselt wird, ist das Rote Haus der Tuchmacherfamilie Scheibler. Die Tuchmacherindustrie verhalf Monschau einst zu großem Ruhm und Reichtum. Heute haben wir vor allem zahlreiche Industrie- und Handwerksbetriebe, aber auch einen florierenden Einzelhandel und den Tourismus als Wirtschaftsfaktoren.

Unser Rathaus, das früher als Kreishaus fungiert hat, ist der Motor unserer Stadt, der passenderweise auch ziemlich genau in der Mitte unserer Ortschaften liegt. Hier kümmern sich unsere derzeit 56 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um das Wohl unserer etwa 12.300 Bürgerinnen und Bürger. Neben den alltäglichen Anfragen setzen die Kolleginnen und Kollegen einerseits um, was in politischen Gremien beschlossen wird. Andererseits ist unser Rathaus aber auch eine Ideenschmiede, wenn es darum geht, unsere Ortschaften gemeinsam mit unserer Bevölkerung stetig weiterzuentwickeln.



CARMEN KRÄMER  
Bürgermeisterin  
von Monschau

Fotos: Stadtverwaltung Monschau





# Gefahr für unsere Demokratie

## Staatssekretär Johann Saathoff und Oberbürgermeister Michael Salomo über Populismus zum Stimmenfang

*Johann Saathoff, hat sich das Phänomen Populismus in den vergangenen Jahren weiter ausgebreitet?*

**Johann Saathoff:** Populismus, verstanden als politische Grundhaltung, die für sich selbst reklamiert, den „wahren“ Volkswillen zu erkennen und zu vertreten, hat sich weltweit wieder mehr ausgebreitet – wobei es ihn natürlich schon genauso lange gibt wie die Demokratie. Was gerade in den vergangenen Monaten ans Licht gekommen ist – auch aufgrund der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden –, ist mehr als besorgniserregend. Aber es ist nicht neu. Vieles, was wir an gesellschaftlicher Zuspitzung erleben, ist das Ergebnis der gezielten Meinungsmache von rechts. Die dahinter stehende Strategie ist, unsere freiheitliche Demokratie verächtlich zu machen, ihre Institutionen schlecht zu reden und die Menschen, die sich für diesen Staat engagieren. Demokratische Prinzipien werden dadurch untergraben. Das wurde sehr deutlich bei der konstituierenden Sitzung des Thüringischen Landtages vor wenigen Wochen. Ich empfinde den Begriff Populismus deshalb mittlerweile auch eher als verharmlosend. Wir reden hier von Menschen, die wesentliche Kernelemente einer Demokratie – wie z. B. die Gewaltenteilung – abschaffen wollen.

*Michael Salomo, welche Rolle spielt die Kommune bei diesen Herausforderungen?*

**Michael Salomo:** Die Kommune ist die Speerspitze unserer Demokratie. Für unsere mündige Bürgerschaft ist es wichtig, in einem demokratischen Prozess alle Argumente

auszutauschen und abzuwägen. Eine gute Demokratie kann nur auf einer ausgeprägten Wertebasis stattfinden. Gerade in herausfordernden Zeiten gilt es, gemeinsam für die Demokratie einzustehen und diese zu bewahren. Die Gesellschaft darf sich nicht aufhetzen und auseinanderdividieren lassen. Mehrheitsmeinungen müssen wieder anerkannt und respektiert werden. Ein Zusammenhalt in der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn diese Spielregeln akzeptiert werden.

Die Bevölkerung sollte sich für Politik interessieren und sich engagieren, ihre Augen offenhalten, kritisch bleiben und sich nicht von rhetorischen Tricks blenden lassen.

Im Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen tauschen sich junge Amtsträgerinnen und Amtsträger aus, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Wir sind eine Plattform für junge Menschen, die sich politisch engagieren, und möchten gerade für die Jugend ein Vorbild sein. Die neue Videoreihe „Mayor Moves – Bock auf Rathaus?!“ widerlegt verstaubte Klischees über Kommunalpolitik und hat zum Ziel, vor allem junge Menschen für die Demokratie zu begeistern.

*Herr Staatssekretär Saathoff, was kann ein demokratischer Staat tun?*

**Johann Saathoff:** Wir Politiker – auch die Hauptverwaltungsbeamten – müssen uns der Auseinandersetzung stellen, daran führt kein Weg vorbei. Wir dürfen uns nicht aus unbequemen Debatten zurückziehen. Ich weiß aber, auch aus eigener Erfahrung, was einen dann

erwarten kann. Zur Unterstützung kommunaler Mandatsträger hat deshalb am 1. August die „Starke Stelle“ ihre Arbeit aufgenommen. Hier werden Betroffene, die Anfeindungen und Bedrohungen erleben, individuell beraten und unterstützt.

Vermeintlich einfache Antworten, die aber falsch sind, müssen wir einfach als solche entlarven und gleichzeitig unsere Politik noch besser erklären. Auch, was die Grundlagen angeht, die Frage, wie unsere Demokratie funktioniert, müssen wir wieder mehr erklären. Es geht gerade um sehr grundsätzliche Fragen. Wo Verständnis für demokratische Politik wächst, verlieren die populistischen Vereinfacher wieder an Boden. Der Schlüssel dazu ist – einmal mehr – gute politische Bildung. Ich spreche dazu z. B. sehr oft mit Schulklassen.

Vor allem aber müssen die Demokraten weiterhin eine klare Kante gegen den verlängerten Arm der Rechten auch in deutschen Parlamenten zeigen. Keine Zusammenarbeit, weder in der Kommune noch im Land oder im Bund. Die Menschen müssen wissen, dass wir solchen Kräften nicht zur Macht verhelfen werden. Denn wir wissen aus historischer Erfahrung, wohin das führt. Und wir haben aus der Verantwortung für das Gelernte, was geschehen ist und nie wieder geschehen darf.

*Herr Oberbürgermeister Salomo, woher kommt aus Ihrer Sicht die Veränderung in unserer Gesellschaft?*

**Michael Salomo:** Gegenwärtig erleben wir viele Umbrüche in unserer Gesellschaft. Eine Transformation und die Globalisierung erfordern immer schnellere Lösungen in einer immer ausgeprägteren Kurzlebigkeit. In einer Welt, die immer enger zusammenrückt, werden größere Veränderungen in der Gesellschaft notwendig, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden. Dass sich mit diesem rasanten Transformationsprozess nicht jeder unmittelbar identifizieren kann, liegt in der Natur der Sache, jedoch kann man mit alten Strategien keine neuen Herausforderungen bewältigen.

„Ich empfinde den Begriff Populismus mittlerweile eher als verharmlosend.“

JOHANN SAATHOFF  
MdB, parlamentarischer  
Staatssekretär im Bundes-  
ministerium des Innern  
und für Heimat





„Wir wollen das demokratische Engagement und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.“

MICHAEL SALOMO

Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim und Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister\*innen

Die Digitalisierung zum Beispiel eröffnet viele neuen Chancen, verändert aber auch unsere Arbeitswelt und den Alltag der Menschen.

Populismus gibt es schon lange, aber die Verbreitung ist einfacher und schneller geworden durch die sozialen Medien. In Echtzeit werden Bilder und Emotionen transportiert, die Menschen haben das Gefühl, direkt dabei und betroffen zu sein. Der Vorwurf, der Sozialstaat könnte ausgenutzt werden, wird dadurch vermittelt.

Im Populismus werden oft Einzelfälle herausgegriffen und für allgemeingültig erklärt. Die Zusammenhänge bei den verschiedenen Themen sind komplex, häufig werden Inhalte aus dem Kontext gerissen oder wichtige Tatsachen unterschlagen. Aber es ist leicht, wenn man noch nie in der Regierungsverantwortung war, etablierte Parteien zu diffamieren und zu behaupten, einfache und effiziente Lösungen bieten zu können.

Die Bundesregierung tritt allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen entschlossen entgegen und will unsere Demokratie stärken. Extremistische Bestrebungen und demokra-

tiefeindliche Einstellungen bedrohen unser Land von innen. Die Bundesregierung hat deshalb in einem ressortübergreifenden Prozess eine Strategie zur Stärkung der Demokratie und gegen Extremismus erarbeitet und am 22. Mai 2024 beschlossen. Sie umfasst zwei Handlungsschwerpunkte:

Die Demokratie soll zum einen von innen heraus gestärkt werden, mit politischer Bildung und Demokratiebildung. Wir wollen das demokratische Engagement und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft. Dies anzuerkennen und wertzuschätzen macht unsere Demokratie stärker.

Zum anderen begegnen wir demokratiegefährdenden Entwicklungen durch Prävention von Extremismus und Demokratiefeindlichkeit. Hass im Netz und Desinformation stehen dabei in einem besonderen Fokus. Extremistische Bestrebungen werden intensiv beobachtet und mit repressiven Maßnahmen bekämpft. Da versteht unser Staat überhaupt keinen Spaß - was wir bei der Reichsbürger-Gruppe um Heinrich XIII Prinz Reuss auch deutlich gezeigt haben.

ANZEIGE

# STANDARD IST MAN NICHT. STANDARDS SETZT MAN.

Seit über 10 Jahren verlegen wir Glasfaser im minimal-invasiven Ausbaurverfahren. Die neue **DIN 18220** regelt den Glasfaser-Ausbau und wird zum Branchenstandard. Schon heute profitiert Ihre Kommune von unserer Erfahrung. Wenn auch Sie den Glasfaser-Ausbau in Ihrer Region vorantreiben möchten, beraten wir Sie gerne: [deutsche-glasfaser.de/kommunen](http://deutsche-glasfaser.de/kommunen)

Gemeinsam Großes gestalten.



Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH · Kontakt: 40463 Düsseldorf (Postanschrift)

**DIN 18220**  
standardisierter Glasfaser-Ausbau

**10 JAHRE**  
Glasfaser-Erfahrung

**2,2 Mio.**  
verlegte Glasfaser-Anschlüsse

# Zukunft gestalten!

Unser Netzwerk auf dem Weg zur Professionalisierung

VON HENNING WITZEL

**Unser Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen befindet sich mitten in einem spannenden strategischen Umgestaltungsprozess, den wir im Juni 2024 gestartet haben.**

Ziel ist es, unser Netzwerk langfristig zu professionalisieren und seine Rolle als zentrale Plattform für junge kommunale Entscheidungsträger\*innen zu stärken. Im Fokus stehen dabei die Weiterentwicklung unserer Strukturen, die Umsetzung des Vereinszwecks der politischen Bildung und natürlich, dass wir auch in Zukunft genau auf die Bedürfnisse von euch, unseren Mitgliedern, eingehen.

## Wo wir aktuell stehen



Aktuell stützen wir uns auf eine halbe Geschäftsführungsstelle, die organisatorisch bei der ASK GmbH angesiedelt ist. Zu den Aufgaben der Geschäftsführung gehört die Organisation unseres Vereinslebens – von den Vorstandssitzungen über die Mitgliederversammlungen bis hin zu den monatlichen digitalen Stammtischen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung mit strategischen Partnern aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft sind zentrale Themen. Dazu kommen die Planung und Durchführung unserer Jahreskonferenz und Projekte wie Videoreihen oder das Kinderbuch. Die Akquise von Fördermitteln und die finanzielle Vermarktung unseres Netzwerks erfolgen auf Provisionsbasis.

*Es häufen sich Medienanfragen zu wichtigen Themen wie der Handlungsfähigkeit von Kommunen oder der steigenden Gewalt gegen Kommunalpolitiker\*innen.*

Während diese Struktur bislang funktionierte, stoßen wir zunehmend an unsere Grenzen. Besonders die Akquise von zusätzlichen Mitteln und die Erweiterung der organisatorischen und inhaltlichen Arbeit sind mit den aktuellen Ressourcen nicht mehr umsetzbar. Gleichzeitig häufen sich Anfragen zu wichtigen Themen wie der Handlungsfähigkeit von Kommunen oder der steigenden Gewalt gegen Kommunalpolitiker\*innen – Herausforderungen, die wir als Netzwerk nicht ignorieren können.

### Erkenntnisse aus unserem Strategieprozess

Um unser Netzwerk für die Zukunft fit zu machen, haben wir zunächst strategische Interviews mit dem Vorstand und der Geschäftsführung geführt. Dabei wurde klar: Eine klare Rollenverteilung zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen ist entscheidend. Für eine erfolgreiche Professionalisierung braucht es ein engeres Zusammenspiel beider Seiten, um die Schlagkraft unseres Netzwerks zu erhöhen. Bei den The-

*Viele von euch wünschen sich eine intensivere politische Interessenvertretung auf Bundesebene und eine stärkere Vernetzung mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.*

men, die uns besonders beschäftigen, haben wir Kommunalfinzen, digitale Infrastruktur, Verwaltungsmodernisierung und Bürgerbeteiligung als zentrale Prioritäten identifiziert.

Ein wichtiger Baustein in diesem Prozess war die Mitgliederbefragung, an der 83 von euch teilgenommen haben. Die Ergebnisse zeigen, dass unsere Jahreskonferenz und das Magazin „WirKommunalen“ als besonders wertvolle Angebote wahrgenommen werden. Gleichzeitig wurde angemerkt, dass wir in der Sichtbarkeit in den sozialen Medien noch Luft nach oben haben. Viele von euch wünschen sich außerdem eine intensivere politische Interessenvertretung auf Bundesebene und eine stärkere Vernetzung mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Auch wenn viele von euch mit der aktuellen Struktur grundsätzlich zufrieden sind, gibt es breite Zustimmung zur Professionalisierung, um die Effektivität



unseres Netzwerks weiter zu steigern. Zudem wurde der Wunsch nach einer stärkeren Regionalisierung unserer Arbeit formuliert, um mehr Angebote vor Ort zu schaffen. Allerdings wurde beim Mitgliedertreffen im Rahmen der SCCON in Berlin Mitte Oktober deutlich, dass regionale Strukturen unser Netzwerk aktuell überfordern würden. Wo es sinnvoll ist, sollen jedoch regionale Veranstaltungen angeboten werden, etwa im Rahmen von Messen und Kongressen wie der KOMMUNALE in Nürnberg oder der Expo Real in München.

#### Ausblick und nächste Schritte



Unser Strategieprozess bietet uns die Chance, unser Netzwerk gezielt für die Zukunft aufzustellen. Die Umfrageergebnisse und die strategischen Interviews haben uns wertvolle Hinweise darauf gegeben, welche Maßnahmen in den nächsten Monaten wichtig sind. Im Vordergrund steht dabei die Professionalisierung unseres Netzwerks, die intensive Beteiligung von euch als Mitgliedern und die Stärkung unserer politischen Interessenvertretung.

Zu den nächsten Schritten gehört die Entwicklung konkreter Finanzierungsideen, um eine hauptamtliche Struktur zu ermöglichen. Ebenso arbeiten wir daran, unsere interne und externe Kommunikation weiter auszubauen, um die Sichtbarkeit des Netzwerks noch mehr zu steigern. Gleichzeitig bleiben wir unserem Kernziel, der politischen Bildung, treu und investieren verstärkt in Projekte, die die Qualifizierung und das Engagement unserer Mitglieder fördern. Bis zur turnusmäßigen Vorstandswahl 2025 wollen wir diesen Zukunftsprozess entscheidend vorangebracht haben.

*Ziel ist es, als starke Stimme junger Bürgermeister\*innen daran mitzuwirken, die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene mitzugestalten und die Zukunft unserer Kommunen aktiv voranzutreiben.*

ANZEIGE

## DER SPEZIALIST FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN



„Transforming Energy“ bedeutet für uns nicht nur, effizient Energie zu erzeugen, sondern auch verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen.

Als erfahrener Projektentwickler für Windenergie- und Photovoltaikanlagen begleiten wir Kommunen und private Projektbeteiligte zuverlässig von der Planung über die Realisierung bis hin zur Betriebsführung.

#### IHRE ANSPRECHPARTNER



Marco Eggensperger  
Geschäftsführer  
info@altus-re.de  
+49 721 6269060  
www.altus-re.de



Thorsten Wehner  
Public Affairs  
t.wehner@altus-re.de  
+49 160 7850260  
www.altus-re.de

# Besuch im Bundeskanzleramt

## Fokus auf kommunale Handlungs- fähigkeit und Demokratie

Gemeinsam mit zwei weiteren Vertretern des Bundesvorstands des Netzwerks junger Bürgermeister\*innen – Michael Salomo (Heidenheim) und Martin Assmuth (Hofstetten) – habe ich kürzlich an einem Gespräch im Bundeskanzleramt teilgenommen. Im Fokus standen zentrale kommunale Herausforderungen sowie mögliche Lösungsansätze für deren Bewältigung. Als Netzwerkvertreter wurden wir herzlich von Benjamin Mikfeld, Abteilungsleiter Grundsatz im Bundeskanzleramt, empfangen. Zudem wurde das Angebot weiterer Gespräche unter Beteiligung von Kanzleramtsminister Schmidt gemacht, um den Dialog fortzuführen.



Fotos: Brasch, Salomo

Ein zentrales Thema des Austauschs war die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Angesichts steigender Anforderungen an Kommunen, die von der Daseinsvorsorge bis zur Infrastrukturentwicklung reichen, wurde deutlich, dass die finanzielle Autonomie der Kommunen gewährleistet werden muss. Das Konnexitätsprinzip, das vorsieht, dass Kommunen für übertragene Aufgaben auch finanzielle Mittel erhalten, müsse konsequent umgesetzt werden. Michael Salomo wies darauf hin, dass staatliche Ebenen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren sollten, statt sich durch überschneidende Förderprogramme zu verstricken. Alle Beteiligten sprachen sich für eine grundlegende Überarbeitung der Förderstrukturen aus, um Kommunen mehr Spielraum zu gewähren.

Martin Assmuth betonte die Notwendigkeit, bürokratische Hürden abzubauen. Gerade kleinere Gemeinden hätten Schwierigkeiten, die umfangreichen Anforderungen bei der Beantragung von Fördermitteln zu bewältigen. Dies behindere oft die Umsetzung wichtiger Projekte. Eine Vereinfachung der Verfahren könnte Investitionen in Infrastruktur und Bildung beschleunigen. Vor allem der Investitionsstau bei der Modernisierung kommunaler Infrastruktur und dem Breitbandausbau stelle eine erhebliche Herausforderung dar, die dringend gelöst werden müsse.



Martin Assmuth, Benjamin Mikfeld,  
Michael Salomo und Dominik Brasch

Ich selbst verdeutlichte anhand von Praxisbeispielen, wie die eingeschränkte Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene das Vertrauen der Bürger in den Staat schwächt. Die Menschen vor Ort erwarten funktionierende öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen. Besonders die Steuerung der Migration und die Integration stellen hohe Anforderungen an Kommunen. Im Gespräch habe ich betont, dass dies nur erfolgreich umgesetzt werden könne, wenn die Kommunen auch bei ihren eigenen Pflichtaufgaben personell und finanziell gut aufgestellt sind.

Benjamin Mikfeld zeigte sich offen für die Anliegen des Netzwerks und betonte, dass die Expertise der Bürgermeister\*innen in zukünftigen Diskussionen und politischen Entscheidungen genutzt werden könne. Der konstruktive Austausch soll in weiteren Gesprächen fortgeführt werden, um die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bund zu stärken.



DOMINIK  
BRASCH  
Bürgermeister von  
Bad Soden-Salmünster

Foto: Privat

Unsere Delegation vorm Kanzleramt:  
Dominik Brasch, Martin Aßmuth und  
Michael Salomo (vlnr)

# KEMPTEN AUF DEM WEG ZUM TORFAUSSTIEG

Ein Vorbild für Nachhaltigkeit im städtischen Gartenbau

Im Rahmen der Klimaschutzziele 2030 plant die Bundesregierung den weitgehenden Torfausstieg für Deutschland. Hier können Erwerbsgartenbau, Privatgärtner, aber vor allem auch Kommunen einen großen Beitrag leisten. Die Stadtgärtnerei Kempten im Allgäu geht bereits seit über 10 Jahren mit gutem Beispiel voran. Alle Grünflächen, Sportanlagen und die über 30 Parks im Stadtgebiet wurden nach und nach auf eine torffreie Bewirtschaftung umgestellt.

Die kreisfreie Stadt mit rund 70.000 Einwohnern im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben zeigt, wie der Torfausstieg im städtischen Gartenbau erfolgreich umgesetzt werden kann. Kemptens Weg begann 2009 durch eine Initiative der Allgäuer Moorallianz. Die Umstellung auf torffreie Produktion war ein Prozess, der mehrere Jahre in Anspruch nahm, wobei zunächst kleine Mengen getestet wurden. Seit 2018 ist die Stadtgärtnerei komplett torffrei – ein Erfolg, der durch die Eigeninitiative der Mitarbeiter und die Unterstützung der Stadtverwaltung möglich wurde.

„Für uns ist der Torfausstieg ein nicht zu unterschätzender Beitrag für den Klimaschutz, weil Moore keine nachwachsenden Rohstoffe liefern. Es motiviert unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn das eigene Engagement zum Erfolg geführt hat“, so Bürgermeister Thomas Kiechle.



Daniela Frank, Gärtnermeisterin Stauden, Stadt Kempten.  
Bild: FNR/Horbelt

„Unsere regionalen nachwachsenden Ressourcen zu nutzen, anstatt in Moorregionen wertvolle Biotope zu zerstören, gibt mir persönlich ein besseres Gefühl.“



Torffrei: Die Stadtgärtnerei Kempten bewirtschaftet u. a. 64 ha Parkanlagen, 2.700 m<sup>2</sup> Staudenflächen und 1.600 m<sup>2</sup> Weichselblorbeete. Bild: FNR/Horbelt

## Torfersatz durch regionale Erdenproduktion

Der Umstieg auf torffreies Gärtnern brachte einige Herausforderungen mit sich. Es mussten Substrate entwickelt werden, die in Qualität und Nährstoffversorgung dem Torf gleichkommen. Dies erforderte intensive Forschung und Anpassungen, insbesondere beim Wasserbedarf der Pflanzen.

Für die verschiedenen Anwendungsgebiete wurden Torfersatzprodukte entwickelt, die größtenteils aus regionalen Produkten hergestellt werden. Für das hauseigene Substrat zur Pflanzenaufzucht zum Beispiel werden heimischer Mutterboden, Grüngutkompost aus eigener Produktion, Mineraldünger, Keramikpulver und ein Mix aus Kokosfasern, Miscanthusgras und Reisspelzen in einem genau definierten Verhältnis zusammengemischt. Für die Zukunft plant die Stadtgärtnerei, schließlich auch die Kokosfasern durch ein regionales, nachwachsendes Produkt zu ersetzen. Auch in anderen Bereichen werden die Torfersatzstoffe durch stetige Versuche optimiert, sodass gleichwertige oder sogar bessere Ergebnisse als mit Torf erzielt werden können.

## Ausbildung und Wissenstransfer

Neben der Produktion spielt die Ausbildung zum torffreien Gärtnern in Kempten eine zentrale Rolle. Die Auszubildenden lernen von Anfang an, wie Torf durch nachhaltige Alternativen ersetzt werden kann. Dieses Wissen tragen sie weiter in ihre Berufsschulen und später in andere Betriebe, wodurch sie zu Botschaftern des Torfausstiegs werden.

## Weitere Informationen zum Torfausstieg in Kommunen unter:

[einkauf.fnr.de/torffreie-kommune-kempten](http://einkauf.fnr.de/torffreie-kommune-kempten)

## Veranstungshinweis

**Online-Seminar** „Grünflächenmanagement mit nachwachsenden Rohstoffen“  
**am 19. November 2024**

Die Veranstaltung beleuchtet verschiedene Handlungsfelder für nachhaltiges, torffreies Gärtnern auf kommunaler Ebene und behandelt u. a. natürliche Mulchstoffe, umweltfreundliche Substrate und Gütezeichen. Die Teilnahme ist kostenfrei.



Anmeldung:

[veranstaltungen.fnr.de/nachhaltige-beschaffung/garten-und-landschaftsbau](http://veranstaltungen.fnr.de/nachhaltige-beschaffung/garten-und-landschaftsbau)



Pflanzenzucht ganz ohne Torf: Auf 1.600 m<sup>2</sup> werden jährlich ca. 140.000 Pflanzen für Freilandflächen vorgezogen. Bild: FNR/Papenfuss

## KONTAKTDATEN

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft:  
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) – OT Gülzow  
Hofplatz 1, 18276 Gülzow-Prüzen  
[beschaffung@fnr.de](mailto:beschaffung@fnr.de) [beschaffung.fnr.de](http://beschaffung.fnr.de)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



# Zukünftige finanzielle Herausforderungen für Kommunen – und erste Lösungsansätze

Ergebnisse aus zwei neuen Studien des Dezernats Zukunft

VON FELIX HEILMANN\*,  
DR. FLORIAN SCHUSTER &  
PHILIPPA SIGL-GLÖCKNER

In einer umfassenden neuen Studie haben wir den Umfang der finanziellen Herausforderungen, vor denen die staatlichen Ebenen in Deutschland zur Erreichung zentraler Zukunftsziele stehen, ermittelt. Konkret haben wir uns die Frage gestellt, wie viel zusätzliche öffentliche Mittel bis 2030 mindestens benötigt werden, um gesellschaftlich breit akzeptierte Ziele zu erreichen – und uns bei der Beantwortung auf eine breite Expertenbeteiligung, vertrauliche Diskussionen mit Politiker\*innen aller demokratischen Parteien und umfangreiche Recherchen gestützt. Im Ergebnis stellen wir fest: Bis 2030 werden zusätzliche öffentliche Mittel in Höhe von 782 Milliarden Euro benötigt, um breit akzeptierte Ziele zu erreichen, davon 218 Milliarden Euro für Ziele, für deren Umsetzung die Kommunen direkt verantwortlich sind (siehe Abbildung).

## Kommunale Ebene

Auf der kommunalen Ebene bestehen besonders hohe Mehrbedarfe im Bildungsbereich: Es braucht 82 Milliarden Euro zusätzlich, um Schulen zu sanieren und die Rechtsansprüche auf Ganztagsbetreuung und Kitaplätze umzusetzen. Für den Erhalt der kommunalen Straßeninfrastruktur werden mindestens 52 Milliarden Euro zusätzlich benötigt, für Maßnahmen zur Dekarbonisierung mindestens 38 Milliarden Euro und für Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels mindestens 28 Milliarden Euro zusätzlich. Der von uns ermittelte jährliche Mehrbedarf der Kommunen entspricht 10 Prozent der heutigen kommunalen Gesamtausgaben.

Wichtig dabei: Ziel unserer Studie war es, einen minimalen Zusatzbedarf abzubilden, und wir haben uns hierbei primär an bundespolitischen Zielen orientiert. Zudem haben

wir uns auf die Kernhaushalte konzentriert, kommunale Extrahaushalte konnten wir nicht berücksichtigen – der tatsächliche Bedarf auf kommunaler Ebene dürfte bei einer umfassenderen Betrachtung also noch deutlich höher liegen.

*„Der von uns ermittelte jährliche Mehrbedarf der Kommunen entspricht 10 Prozent der heutigen kommunalen Gesamtausgaben.“*

## Modernisierung Deutschlands

Neben den Kommunen stehen auch die Länder mit einem zusätzlichen Bedarf von 147 Milliarden Euro bis 2030 und der Bund mit einem zusätzlichen Bedarf von 417 Milliarden



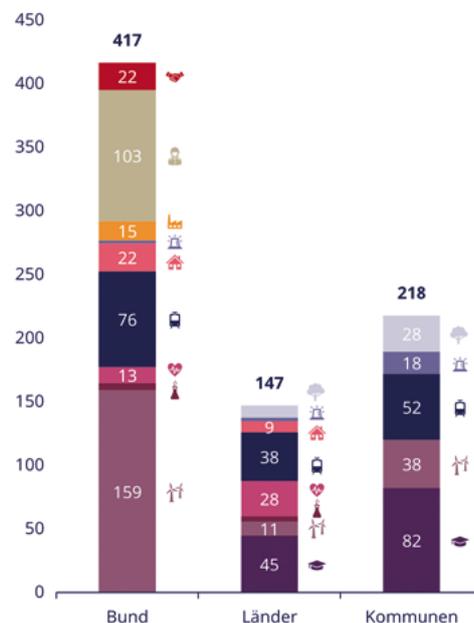
Euro vor großen Herausforderungen, um eine umfassende Modernisierung Deutschlands sicherzustellen. Die Umsetzung aller von uns identifizierten Bedarfe auf allen föderalen Ebenen würde einen Anstieg der öffentlichen Ausgaben um durchschnittlich rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr erfordern, sofern nicht an anderer Stelle gespart wird.

Eine Umsetzung wäre also ambitioniert, aber nicht jenseits des Möglichen. Klar ist auch, dass die zur Umsetzung notwendigen Maßnahmen nicht allein mit Geld zu realisieren sind – doch ohne die notwendigen Gelder lässt sich keines der Ziele erreichen. Dies unterstreicht auch eine Umfrage dieses Magazins unter Bürgermeister\*innen, in der die Verbesserung der Kommunal Finanzen als wichtigster Hebel für eine effektivere kommunalpolitische Arbeit genannt wurde (Zustimmung von 79 Prozent, WirKommunalen 2/24).



### Zusätzliche öffentliche Finanzbedarfe zur Erreichung breit akzeptierter Ziele bis 2030

- Weitere Aspekte äußerer Sicherheit
- Verteidigung
- Wirtschaftliche Resilienz
- Klimaanpassung
- Innere Sicherheit
- Wohnen
- Verkehr
- Gesundheit
- Forschung
- Dekarbonisierung
- Bildung



## Ausweitung der kommunalen Ausgaben

Aber ist es angesichts des massiven Drucks, unter dem die kommunalen Haushalte bereits heute stehen, überhaupt sinnvoll, über eine Ausweitung der kommunalen Ausgaben nachzudenken? Grundsätzlich muss die Antwort lauten: Ja, denn wir sollten Politik und staatliches Handeln aus der Perspektive realer gesellschaftlicher Bedarfe und Ziele denken. Wer sich dieser Frage kategorisch verweigert, muss unmittelbar in Kauf nehmen, dass zentrale Ziele für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands – etwa im Bildungsbereich – verfehlt werden. Das kann keine Grundlage für seriöse Zukunftsplanung sein.

Gleichzeitig ist die konkrete Frage, was finanzpolitisch machbar ist, selbstverständlich von zentraler Bedeutung. Für die investiven Bedarfe der Kommunen, die immerhin 175 Milliarden Euro oder 80 Prozent der gesamten kommunalen Bedarfe ausmachen, ist eine Option, die auch ohne Änderung der Verschuldungsregeln des Grundgesetzes umsetzbar wäre, die Einführung neuer kommunaler Investitionsförderprogramme durch Bund und Länder. Mit ihnen könnten Kommunen in angespannter Haushaltslage und kommunale Unternehmen finanziell unterstützt werden. Diese Programme könnten als Darlehen ausgestaltet und damit als finanzielle Transaktionen verbucht werden, die nicht unter die grundgesetzlichen Kreditaufnahmegrenzen fallen: Solche Kredite an die öffentliche Hand sind ausdrücklich von der Schuldenbremse ausgenommen, ihre Rückzahlung kann mit den Kommunen oder ihren Eigenbetrieben vereinbart und durch Bundeszuschüsse unterstützt werden.



Foto: Steffen Kugler

### Felix Heilmann

ist Senior Policy Analyst beim Dezernat Zukunft,

### Dr. Florian Schuster

ist Senior Economist beim Dezernat Zukunft und

### Philippa Sigl-Glöckner

ist Gründerin und Geschäftsführerin des Dezernat Zukunft.

## Kommunaler Investitionsbedarf

Mit einem solchen Programm könnte der von uns ermittelte zusätzliche kommunale Investitionsbedarf gedeckt werden. Die nicht-investiven Bedarfe, insbesondere für zusätzliches Personal in Kitas und Ganztagschulen sowie für Klimamaßnahmen, müssten dagegen aus den laufenden Einnahmen der kommunalen Haushalte gedeckt werden. Dies zeigt zweierlei: Schon heute könnte deutlich mehr für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur getan werden – gleichzeitig bleibt es aber unerlässlich, grundsätzlich über nachhaltige kommunale Finanzstrukturen nachzudenken.

Dieser Artikel bezieht sich auf zwei neue Studien des Dezernat Zukunft, einem überparteilichen Think Tank für Finanz- und Wirtschaftspolitik.



Die vollständigen Studien können auf der Website des Dezernat Zukunft unter [www.dezernatzukunft.org](http://www.dezernatzukunft.org) heruntergeladen werden.

ANZEIGE

## KGSt®-Zukunftswerkstatt Kleine Kommunen 19.-20.02.2025 | Kulturbahnhof Kassel | 199 €

### Wie können wir Zukunft aktiv vor Ort gestalten?

Die KGSt®-Zukunftswerkstatt Kleine Kommunen bringt Führungskräfte und interessierte Mitarbeitende aus kleinen Kommunen aus ganz Deutschland zusammen.

Freuen Sie sich auf:

- Inspirierende Praxisbeispiele
- Spannende Impulsvorträge
- Interaktive Workshops
- Aktivierende Netzwerkmöglichkeiten

Auch Kommunen, die noch kein Mitglied der KGSt sind, können teilnehmen und beim Abschluss einer Mitgliedschaft bis zum 31.12.2025 insgesamt 199 € auf ihren ersten Mitgliedsbeitrag sparen!



Jetzt informieren und anmelden unter [www.kgst.de](http://www.kgst.de)

Kommunale Gemeinschaftsstelle für  
Verwaltungsmanagement KGSt  
Gereonstraße 18-32, 50670 Köln  
[www.KGSt.de](http://www.KGSt.de)



# Digitaler Zwilling – auch in der Kommune

Die Stadt Schwabach steigert die  
Klima-Resilienz mithilfe digitaler Modelle

## Klima-Resilienz steigern und Kommunikation verbessern

In den alten Poesiealben heißt es oft „Schweigen ist Gold“; für eine Kommune hingegen ist die (digitale) Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern unerlässlich. Darum ist die Verantwortung für das Geografische Informationssystem (GIS) in der mittelfränkischen Stadt Schwabach „ganz oben“ im Bürgermeister- und Presseamt angesiedelt.

## In die dritte Dimension

Vor rund 20 Jahren hatte Schwabach ein GIS eingeführt: 2D-Zeichnungen und Pläne wurden nahtlos mit Sachdaten verknüpft, und die GIS-Abteilung hatte größtmögliche Flexibilität bei der Auswertung und Darstellung. Mit der Leistungssteigerung der IT wuchs das System: MapEdit, die Lösung des GIS-Lieferanten Mensch und Maschine, erfüllte die Anforderungen an Erfassung, Fortführung, Auswertung, Bürgerportal und mobiles Arbeiten; auch Arbeiten in 3D wurde möglich.

## Resilienz gegenüber klimatischen Ereignissen

Das Förderprogramm TwinBy des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales unterstützt kommunale Fördervorhaben beim Aufbau Digitaler Zwillinge. Mit digitalen Modellen sollen Kommunen Planungen und Projekte schneller, besser und kostengünstiger realisieren – auf der Grundlage datenbasierter Entscheidungen ([www.bayern-innovativ.de/de/seite/twinby](http://www.bayern-innovativ.de/de/seite/twinby)). Das Schwabacher Projekt „GUZI“, die „Goldene Urbane Zwillinginformation Schwabach“, gehörte zu den geförderten Vorhaben. Es soll u. a. die Resilienz der Stadt gegenüber klimatischen Ereignissen durch Prävention und Reaktion steigern und sowohl die interne Kommunikation als auch den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern verbessern.

## Echtzeit-Informationen für alle

Ein Digitaler Zwilling verknüpft nicht nur statische Daten, wie Baujahr, Hausanschlüsse,

Geländeinformationen usw., sondern nutzt künftig auch Echtzeitdaten z. B. von Sensoren oder Kameras. Daraus generiert das System neue Informationen. Wer künftig an einem heißen Tag in Schwabach unterwegs ist, kann im Portal sehen, wo man sich wegen der Hitze besser nicht aufhält, wo die Temperaturen erträglich oder gar kühl sind und wo man einen „freundlichen Wasserhahn“ findet, der Trinkwasser spendet.

„Ein digitaler Zwilling  
verknüpft nicht nur  
bestehende Daten  
sondern generiert auch  
neue Informationen.“

### Praktisch: Das Solarkataster

Das GIS-Systemhaus Mensch und Maschine hat im Rahmen des Projekts u. a. ein Solarkataster entwickelt, das Bürgern und Planern aufzeigt, ob sich die Installation einer Photovoltaikanlage lohnt. Grundlage ist das digitale Gelände- und Gebäudemodell vom Bayerischen Vermessungsamt in einem Detaillierungsgrad, der die Gebäudehülle sichtbar macht. Dazu kommen Informationen über geltende Bebauungspläne sowie detaillierte Ingenieurberechnungen über Sonneneinstrahlung, Verschattung usw. Die Lösung führt diese Informationen zusammen und stellt den Eignungsgrad für die Installation einer Photovoltaikanlage pro Dachfläche farblich dar. Die Möglichkeiten des Digitalen Zwillings sind schier unendlich. Wir konzentrieren uns auf das, was einen praktischen Nutzen hat.

### Interne Prozesse verbessern

Dank des Digitalen Zwillings können Fachämter heute besser zusammenarbeiten. Die

rund 200 verwaltungsinternen Nutzerinnen und Nutzer finden alle für sie relevanten Informationen an einem zentralen Ort vor, greifen auf die gleichen Daten zu und können gemeinsam planen, abstimmen und entscheiden. Unterschiedliche Darstellungen stellen sicher, dass jeder Benutzer genug Informationen enthält und dabei nicht überflutet wird.

### Erwartungen voll erfüllt

Zum Projektteam gehörten Fachleute aus den Bereichen GIS, Klimaschutz, Katastrophenschutz, Finanzierung und Förderung, externe Dienstleister und natürlich die Experten von Mensch und Maschine, die mit Beratung, Konzeption, Programmierung und Implementierung einen wichtigen Beitrag leisteten. Wer Digitalisierung voranbringen will, muss flexibel und innovativ im Team arbeiten können. Wir konnten auf einen Partner mit Erfahrung aus Digitalisierungsprojekten der Industrie zurückgreifen. Das war ein Schlüsselement, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen.



Foto: Stadt Schwabach



Oberbürgermeister **Peter Reif** wurde in Nürnberg geboren und ist in Schwabach aufgewachsen. Nach dem Abitur absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. Vor seinem Amtsantritt als Oberbürgermeister war er Regierungsrat und als Referent für Naturschutzrecht bei der Regierung von Mittelfranken tätig.

ANZEIGE



## Das digitale Werkzeug für Ihre Kommune

- ✓ Automatische Zustandsbewertung der Straßeninfrastruktur
- ✓ Inventarbasierte Aufgabenverwaltung und effektive Haushaltsplanung
- ✓ Wirksame Maßnahmen mit aktuellen Daten in einem einzigen System



## Straßenmanagement mit System

+ Künstliche Intelligenz

Jetzt testen unter [www.vialytics.de](http://www.vialytics.de)



Kontakt: +49 711 8998 9885 | [info@vialytics.de](mailto:info@vialytics.de) | [www.vialytics.de](http://www.vialytics.de)

# Cyberangriffe auf Kommunen

## Lehren aus dem Fall Petersberg



Foto: Privat

**Claudia Brandes (33)**, Bürgermeisterin der Gemeinde Petersberg. Ihr Amtsantritt war wenige Tage nach dem Cyberangriff.

Aus ihren Erfahrungen des Wiederaufbaus gibt sie ihre persönliche Top-5-Empfehlung für andere Kommunen. Dabei steht vor allem eine Botschaft im Vordergrund: Prävention ist der beste Schutz!

In einer zunehmend digitalisierten Welt sehen sich Kommunen vermehrt mit einer neuartigen Bedrohung konfrontiert: Cyberangriffen. Der jüngste Vorfall in der ca. 16.000 Einwohner starken Gemeinde Petersberg (Landkreis Fulda) Anfang 2024 verdeutlicht eindrücklich die Verwundbarkeit kommunaler Infrastrukturen und die weitreichenden Folgen solcher Attacken.

Am Morgen des 7. Februar 2024 bemerkten Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung Petersberg beim Start ihrer Computer eine Störung: Die Bildschirme blieben schwarz, und der Zugriff auf die Datenbanken war blockiert. Schnell wurde allen klar, dass die Gemeinde Opfer eines Cyberangriffs geworden war. Und die Folgen waren gravierend: Weder Personalausweise noch Rechnungen oder der Zahlungsverkehr konnten bearbeitet werden. Wochenlang funktionierten kommunale Dienstleistungen nur über Umwege oder durch die Unterstützung Dritter. Die Kommunikation über Telefon oder E-Mail war erst Tage später möglich.

Die Gemeindeverwaltung reagierte noch am ersten Tag: Bestehende Systeme wurden umgehend vom Netz genommen, ein Krisenstab gebildet und externe Behörden und IT-Firmen eingeschaltet. Zunächst lag der Fokus auf der technischen Wiederherstellung der Daten, um die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen. Dabei galt Sorgfalt stets vor Schnelligkeit, denn das Aufspielen verunreinigter Daten hätte dazu führen können, dass sich der Vorfall wiederholt. Wegen der großen Datenmenge nahm dies viele Wochen in Anspruch. Gleichzeitig nutzte die Gemeinde die Gelegenheit, um veraltete Systeme zu modernisieren und durch neuere, sicherere Technologien zu ersetzen.

Trotz intensiver forensischer Arbeiten blieben bis zuletzt viele Fragen offen. Die Eindringspuren waren größtenteils so gut verwischt, dass man in der Gemeinde bis zuletzt nur Vermutungen treffen konnte, wie der Angreifer in die Systeme gekommen war. Aus dem Vorfall hat man in Petersberg

gelernt: Nicht nur technische, sondern auch organisatorische Maßnahmen wurden mittlerweile ergriffen, um Bedrohungen zukünftig besser zu erkennen. So wurden Mitarbeitende beispielsweise geschult, um Phishing-Angriffe schneller zu identifizieren, und ein Maßnahmenplan wurde entwickelt, um zukünftige Angriffe zusätzlich zu erschweren und darauf besser vorbereitet zu sein.

### Der Angriff auf Petersberg sollte ein Weckruf für andere Kommunen sein

Cybersicherheit ist längst nicht mehr eine technische Frage, sondern sollte als integraler Bestandteil jeder Verwaltung betrachtet werden. Investitionen in sichere IT-Strukturen und fortlaufende Sicherheitsmaßnahmen sind unerlässlich, um langfristig handlungsfähig und geschützt zu bleiben. Der Angriff auf Petersberg sollte ein Weckruf für andere Kommunen sein, ihre Cybersicherheit zu überdenken und zu verbessern. Dabei muss klar sein, dass ein 100-prozentiger Schutz niemals möglich sein wird, jedoch lässt sich das Risiko durch wenige zentrale Maßnahmen deutlich verringern. Der Angriff hat gezeigt, wie wichtig es ist, IT-Sicherheit als kontinuierlichen Prozess zu betrachten, der dauerhaft eine zentrale Rolle in der Verwaltung spielt, nicht nur in Krisenzeiten.

Angesichts der zunehmenden Raffinesse von Cyberangriffen wird es immer wichtiger, nicht nur auf technologische Abwehrmechanismen zu setzen, sondern auch die menschliche Komponente in den Blick zu nehmen. Gerade im Bereich der Phishing-

### Regelmäßige Mitarbeiterschulungen:

Ein Großteil der Angriffe kommt über Phishing-Mails oder menschliches Versagen. Mitarbeitende sollten deshalb regelmäßig zu Themen wie Phishing-Angriffen oder den Umgang mit Passwörtern geschult werden.

### Krisenplan und Backup-Strategie:

Man kann sich niemals zu 100 % schützen. Wichtig ist aber, im Falle einer Krise strukturiert und koordiniert vorzugehen und keine Fehler zu machen. Regelmäßige Backups schützen vor einem dauerhaften Datenverlust.

### Firewall und VPN-Systeme:

Eine robuste Firewall kann das eigene Netzwerk vor externen Angriffen schützen. VPN-Zugang und Multi-Faktor-Authentifizierungen ermöglichen gleichzeitig den sicheren Fernzugriff für alle Mitarbeitenden.

### Patch-Management:

Oftmals nutzen Angreifer bekannte Sicherheitslücken in der Software. Patches (=Software-Updates) sollten deshalb regelmäßig zentral verwaltet, verteilt und installiert werden, um Fehler und Sicherheitslücken zu beheben.

### Externe Unterstützung:

Inbesondere kleinere Kommunen können sich oftmals keine eigene IT-Abteilung mit IT-Sicherheitsexperten leisten. Über einige Ministerien gibt es (kostenlose) Beratungsleistungen und Handbücher. Externe Unterstützung beim Aufbau eines Sicherheitskonzeptes kann oftmals sinnvoll sein.

Angriffe, die oft als Einfallstor für größere Attacken dienen, kann eine gut geschulte Belegschaft den Unterschied zwischen einem erfolgreichen Angriff und dessen Abwehr ausmachen. Letztendlich zeigt der Fall Petersberg, dass Cybersicherheit ein gesamtorganisatorisches Thema ist, das gleichermaßen technische, personelle und organisatorische Maßnahmen erfordert, um Kommunen zukunftssicher aufzustellen.

# Steuerfreie Sachbezüge als innovative Anreizsysteme im öffentlichen Dienst

Bürgermeister Stephan Schlier (links) und Christian Ellmayer, „meine Volksbank Raiffeisenbank eG“, Rosenheim, Vertriebspartner der givve Card in Bad Aibling.

## Ein Erfahrungsbericht aus Bad Aibling

Der öffentliche Dienst steht vor enormen Herausforderungen. Prognosen deuten auf eine Fachkräftelücke von bis zu einer Million unbesetzter Stellen bis 2030 hin. Als Bürgermeister von Bad Aibling sehe ich mich täglich mit den Auswirkungen dieses Fachkräftemangels konfrontiert. Unsere Stadt muss kreative Wege finden, um qualifizierte Mitarbeiter\*innen zu gewinnen und – noch wichtiger – langfristig zu halten.

### Nach ersten Herausforderungen äußerst positive Erfahrungen

Unsere Stadtverwaltung wollte als moderner Arbeitgeber mehr bieten als nur das übliche Gehalt, auf das wir im Rahmen des TVöD kaum Einfluss haben. Nach eingehender Überlegung entschieden wir uns, steuerfreie Sachbezüge mit Prepaid-Karten als zusätzlichen Benefit einzuführen. Dabei wählten wir givve als Partner, ein Unternehmen, das sich auf Mitarbeiterbenefits spezialisiert hat. Givve unterstützte uns von der Planung bis zur Implementierung. Zusätzlich half unsere Volksbank Raiffeisenbank vor Ort bei der Umsetzung. Im April 2024 starteten wir das System mit rund 100 Karten.

Die Implementierung verlief größtenteils reibungslos, auch wenn es anfangs Bedenken zur administrativen Belastung gab. Durch offene Kommunikation und Informationstermine für unsere Mitarbeitenden konnten diese Hürden überwunden werden. Die Reaktionen waren überwiegend positiv. Unsere Mitarbeiter\*innen schätzen die Flexibilität der Sachbezugskarten, die sie für Einkäufe, Tanken oder Freizeitaktivitäten nutzen können. Wichtig war uns, möglichst keine Vorgaben zur Nutzung zu machen und unseren Mitarbeitenden größtmögliche Entscheidungsfreiheit zu bieten.

### Auch kleine Boni steigern die Motivation

Besonders bemerkenswert sind die Auswirkungen auf die Zufriedenheit und Personalgewinnung. Ein Mitarbeiter, der die Sachbezüge regelmäßig für Familienausflüge nutzt, berichtete, dass diese Extras seine Motivation im Job deutlich gesteigert haben. Auch bei Bewerbungen haben wir seit Einführung der Sachbezüge eine positive Veränderung bemerkt. Innovative Benefits ziehen also tatsächlich hochqualifizierte Fachkräfte an.

### Förderung der lokalen Wirtschaft

Ein weiterer Vorteil ist, dass die Sachbezüge in unserem Postleitzahlengebiet und den angrenzenden Regionen eingesetzt werden können. Das unterstützt die lokale Wirtschaft und macht Bad Aibling zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsort. Die Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit sind überwiegend positiv, und andere Kommunen haben bereits Interesse an unserem Ansatz gezeigt.

Die Einführung der steuerfreien Sachbezüge hat sich als wertvolles Instrument erwiesen, um unsere Verwaltung zu stärken. In Zeiten, in denen der öffentliche Dienst oft als weniger attraktiv wahrgenommen wird, hilft uns dieses System, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Es ist ein wichtiger Beitrag, um den Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu begegnen.

Natürlich sind Sachbezüge nur ein Teil unserer Strategie. Flexible Arbeitszeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten, ein gutes Betriebsklima und regelmäßige Mitarbeiterevaluationen sind weitere Maßnahmen, die ein Umfeld schaffen, in dem sich unsere Beschäftigten wohlfühlen und langfristig bleiben möchten.



Foto: Lisa Lanzinger

Diese Kombination hat unsere Attraktivität als Arbeitgeber spürbar gesteigert.

### Zukunftsperspektiven und Empfehlungen

Zukünftig planen wir, den Einsatz der steuerfreien Sachbezüge weiter auszubauen und möglicherweise zusätzliche Benefits einzuführen. Unser Ziel bleibt es, die Stadtverwaltung als Arbeitgeber kontinuierlich attraktiver zu machen und innovative Lösungen zu entwickeln, die sowohl unseren Mitarbeitenden als auch der Stadt Bad Aibling zugutekommen.

Abschließend möchte ich anderen Kommunen empfehlen, offen für neue Ideen zu sein und den direkten Dialog mit den Mitarbeitenden zu suchen. Die Einführung steuerfreier Sachbezüge war für uns ein Erfolg, und ich bin überzeugt, dass viele Kommunen von ähnlichen Maßnahmen profitieren könnten. Innovative Ansätze wie diese sind ein Schlüssel zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen.



STEPHAN SCHLIER  
Erster Bürgermeister  
der Stadt Bad Aibling

Foto: Lisa Lanzinger

*Innovative Benefits ziehen tatsächlich hochqualifizierte Fachkräfte an.*

# „Wenn der Klimawandel bei Ihnen ankommt!“

## Erkenntnisse aus der Ahrtalflut



Fotos: Dominik Ketz

### „Wenn Sie einen, drei oder sechs Meter Hochwasser in Ihrem Eigenheim stehen haben, gehen Sie dann morgen zur Arbeit?“

Diese Frage stelle ich den Teilnehmer\*innen von Vorträgen über die Ahrtalflut gerne. „Natürlich nicht, meine Familie braucht mich jetzt“, lautet die verständliche Antwort. Doch wenn man der Werkleiter, Fachingenieur oder Wassermeister in einem Werk oder kommunalen Betrieb ist, wird einem direkt klar, dass dies ein Anzeichen einer echten Katastrophe ist. Als Wissensträger über die technischen Zusammenhänge sind diese Akteure in der Katastrophenbewältigung entscheidende Akteure. Sie spielen nicht nur in der sogenannten Blaulichtphase – in der es vor allem um Lebensrettung geht – eine wesentliche Rolle, sondern auch in der Provisorienphase und dem anschließenden Wiederaufbau.

#### Drei Phasen der Katastrophenbewältigung

Diese drei Phasen – Blaulichtphase, Provisorienphase und Wiederaufbauphase – lassen sich gut unterscheiden. So mache ich es auch in meinem Buch „Und dann fällt der Strom aus – Erkenntnisse für Bürgermeister und Landräte in der Flutkatastrophe“ (Mentoren Media Verlag). Die verheerende Ahrtalflut brachte das schlimmste Unglück mit sich: den Tod von 135 Menschen. Es ist

unfassbar, dass in einem scheinbar sicheren Land so etwas passieren kann, dass man trotz aller Vorschriften und Zuständigkeiten in eine menschliche Katastrophe hineingerät. Danach kommt dieser immense Infrastrukturschaden! 4 Milliarden oder 4.000 Millionen Euro in einem Tal, das normalerweise jährlich Bauleistungen in einstelligen Millionenhöhen umsetzt.

#### Die Blaulichtphase: Der Kampf ums Überleben

Die erste Phase, die sogenannte Blaulichtphase, haben wir so genannt, weil sie maßgeblich durch die Blaulichter von Notfallfahrzeugen gekennzeichnet ist. Diese Phase ist vor allem durch „völlige Überforderung“ geprägt – die ersten Tage, die heute in vielen Bereichen wie dem Katastrophenschutz und dem Hochwasserschutz ganz neu betrachtet werden müssen. Die Kernaufgabe in der frühen Phase ist es, Leben zu retten und Opfer zu bergen. Waren anfangs offenbar noch über 4.000 Menschen als vermisst gemeldet – wir sprechen insgesamt von 40.000 betroffenen Menschen im Ahrtal –, lag die Anzahl der Vermissten bald „nur“ noch unter 100. Dies war nach zehn bis vierzehn Tagen der Fall.

#### Die Provisorienphase: Schnell und pragmatisch, aber teuer!

Natürlich sind die Phasen nicht ganz trennscharf voneinander zu sehen. Denn dies würde ja bedeuten, dass in der Blaulichtphase

nicht schon an Provisorien gearbeitet wird. Gleichwohl zeichnet sich die Provisorienphase durch ein gezielteres Handeln aus. Die Dinge konkretisieren sich, es schälen sich konkrete Projekte heraus, die über eine reine Notfallreparatur hinausgehen. Es entstehen mitunter robuste Provisorien, die bis zur Wiederherstellung Bestand haben sollen. Die große Solidarität des Bundes und der Länder, diese Provisorien im Wesentlichen ganz zu bezahlen, ist hier ausdrücklich zu erwähnen und gewiss nicht selbstverständlich.

#### Die Aufbauphase: Träge und langsam

Der Wiederaufbau hat vor allem auf der privaten Seite direkt begonnen. Der öffentliche Wiederaufbau hängt von vielen Randbedingungen ab. Wo fließt zukünftig die Ahr? Wie viele Kläranlagen werden im Ahrtal noch aufgebaut? Welche Vernetzungen fehlen in der Trinkwasserversorgung? Und selbstverständlich: Das öffentliche Vergaberecht ist wieder voll anzuwenden. Eine riesige Belastung. Organisatorische Veränderungsbedarfe, z. B. in den Zusammenlegungen von kommunalen Eigenbetrieben oder sogar Kommunen, werden nur vereinzelt angegangen. Die Abhängigkeit von funktionierender Infrastruktur ist jetzt jedem klar. Nach drei Jahren sehen wir heute, dass der zum Teil komplette Neuaufbau von Infrastruktur noch eine jahrelange Herausforderung bleibt. Der Druck der Anlieger, vor allem der Einzelhändler, der Gastronomie und der heimischen Wirtschaft ist verständlich. Es nützt aber nichts. Infrastruktur ist die Basis von allem wirtschaften und wenn

diese zerstört ist, dann muss man gemeinsam durch das „Tal der Baustellen“ gehen. Das ist mit Sicherheit die zentrale Herausforderung. Mit professioneller Baukommunikation und einem Multiprojektmanagement versuchen wir diese Herausforderung mit vielen Akteuren im Tal zu stemmen. Aufgrund der riesigen Bausummen und der hohen Anzahl von Bauherren und Akteuren ist der Wiederaufbau im Ahrtal mit Sicherheit eine der größten Baumaßnahmen in Europa.

### Fazit: Gemeinsam geht einfach mehr!

Die Flutkatastrophe hat gezeigt, dass der Klimawandel angekommen ist. Wir brauchen umfangreiche Klimaanpassungsmaßnahmen. Das ist eine Generationenaufgabe. Die Ahrtalkatastrophe zeigt, dass wir zwar in einem Land leben, das sehr solidarisch und großzügig den betroffenen Anliegern finanziell hilft. Die Umsetzung und Erneuerung von Lebensplänen und Konzepten stellt aber eine riesige Herausforderung der oft noch traumatisierten Akteure dar. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur brauchen wir mehr Fokus auf die lokalen Experten und

Wissensträger. Die Zusammenarbeit der technischen Mitarbeiter zwischen den Kommunen, zwischen den Sektoren, mit den lokalen und regionalen Ingenieurbüros und Tiefbaufirmen macht einen wesentlichen Faktor für die Robustheit der Infrastruktur bei solchen Katastrophen aus.

Aufgrund der Erfahrung habe ich am 26. Juni 2024 eine Genossenschaft gegründet: Die inframeta eG i.Gr. – hier sollen (ähnlich wie im Steuerfach die DATEV eG) die lokalen Infrastrukturrexperten gemeinsam Digitalisierung im öffentlichen Bereich lernen und zum Beispiel die Vielzahl der Zusammenhänge in der Überflutungsvorsorge in einem gemeinsamen digitalen „Infrastrukturgedächtnis“ sichern und teilen.

Wir im Ahrtal empfehlen allen, sich mit solchen Katastrophen zu beschäftigen, sie „vorzudenken“. Wie sagt mein Mitautor Prof. Guido Quelle immer: „Vorbereitung kann man nicht nachholen!“



DIPL.-ING. (TH)  
MARKUS BECKER

Geschäftsführer, Berthold  
Becker, Büro für Ingenieur-  
und Tiefbau GmbH,  
Bad Neuenahr, Ahrweiler

Autorenfoto: IB Becker

ANZEIGE

— EnBW

## Wir laden Deutschland

Willkommen im  
EnBW HyperNetz.

[enbw.com/WirLadenDeutschland](https://enbw.com/WirLadenDeutschland)





OLIVER LÖBERT  
Senior Berater bei ASK und  
Populismus-Experte

Foto: ASK

# Gegen den kommunal- politischen Burn-out

Die Kommunalpolitik als Fundament unserer Demokratie ist in Gefahr!

Wer in die Kommunalpolitik geht, will Verantwortung übernehmen und gestalten. Dafür investiert man viel Energie und Zeit. Ja, es braucht immer eine ordentliche Portion Leidenschaft, um am Ball zu bleiben. Aber als wäre Politik für sich gesehen nicht schon anspruchsvoll und anstrengend genug, wenn es um das ernsthafte Ringen um echte Lösungen geht, kommen seit einigen Jahren Populisten hinzu, die Vieles einfacher und undifferenzierter sehen. Die glauben, es besser zu wissen, ohne sich selbst oft in der Realität beweisen zu müssen. Die Themen in die Kommunalparlamente schleppen, die dort nichts zu suchen haben, weil sie dort nicht gelöst werden können. Die Dinge über Social Media aus dem Zusammenhang reißen und verzerrt, nicht selten auch faktisch falsch ins Netz posaunen.

Kurz: Populisten sind anstrengend, nervig und im schlimmsten Falle leider auch persönlich bedrohlich. Für unsere Demokratie sind sie es auf jeden Fall, denn wenn immer mehr verantwortungsvolle und gestaltungsbereite Menschen sich „das nicht mehr antun wollen“, dann verlassen unverzichtbare Teile unserer demokratischen Gesellschaft das Fundament unserer Demokratie: die Kommunalpolitik. Diese funktioniert ausschließlich mit aktiven, verantwortungsbewussten und gestaltungsbereiten Menschen. Menschen, die resilient sind, gegen die dauerhaften Tiraden von Populisten.

## Resilienz gegen Populismus – was heißt das überhaupt?

Umso wichtiger ist es daher, sich auch selbst gegen Populismus zu wappnen. Der Begriff Resilienz leitet sich von dem englischen Wort „resilience“ ab, das für Spannkraft, Widerstandskraft oder auch Elastizität steht. Viele kennen ihn aus der Psychologie. Dort steht er für psychische Widerstandskraft und die Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen.

Zuerst stellt sich beim Thema Resilienz überhaupt erst einmal die Frage, auf wen sich diese beziehen soll: auf mich als Person oder auf meine Arbeit und meine Politik? Der Unterschied ist elementar wichtig. Denn Resilienz funktioniert hier nur dann wirklich, wenn beides bedacht wird.

## Was kann ich für mich tun?

Hier sind vor allem drei Punkte wichtig:

**Zuversichtlich sein:** Ohne Zuversicht geht gar nichts. Wer konstruktiv gestalten will, kann dies nicht tun ohne Zuversicht. Rein destruktives Gestalten wäre ein Widerspruch in sich.

**Akzeptieren:** Populismus geht so schnell nicht wieder weg. Wir müssen mit ihm umgehen, ob wir das nun wollen oder nicht. Das bedeutet, dass wir uns mit dem Thema – leider – auseinandersetzen müssen.

**Aktiv und verantwortlich handeln:** Populisten versuchen, ihre Gegner in eine passive Rolle zu pressen. Hier kann es nur eines geben: Raus aus der Reaktion und hinein in die aktive Gestaltung, also wieder in Aktion kommen.

## Wie stärke ich die Resilienz bei meiner politischen Arbeit?

Populistische Parolen entzaubern: Populisten arbeiten nach immer denselben Mustern. Hier hilft es, sich mit diesen

Mustern auseinanderzusetzen. Nur wer diese Muster kennt, kann sich erfolgreich dagegen wehren.

**Lösungsorientiert bleiben:** Populismus verhindert Lösungen und befeuert destruktive Debatten. Deshalb: Niemals aufhören, lösungsorientiert zu sein, auch wenn Populisten immer wieder versuchen, die Debatte in Richtung Problemorientierung zu verlagern. Demokratie lebt von Lösungen, nicht von deren Verhinderung!

**Populistische Themen deaktivieren:** Populisten setzen gerne immer wieder ihre eigenen Aufregerthemen. Anstatt den Populisten das Setzen der Themenagenda zu überlassen und dann dagegen anzuhängen, ist es oft besser, die Wichtigkeit der populistischen Themen durch das Setzen eigener Themen zu verringern. Hierbei ist es aber entscheidend, dass dies Themen sind, die den Wählern ebenfalls wichtig sind, nur momentan in den Hintergrund gedrängt wurden.

**Netzwerke:** Allianzen schmieden und Unterstützung suchen und selbst auch geben. Das ist nicht nur gute demokratische Tradition, sondern im Kampf gegen populistische Strömungen überlebensnotwendig.

**Förderung der Zivilgesellschaft:** Gegen populistische und antidemokratische Tendenzen hilft es, das Engagement der Zivilgesellschaft zu stärken. Eine funktionierende Zivil-

*„Ein Patentrezept gegen Populismus zu haben, ist wie der Glaube, in Drachenblut zu baden, um unverwundbar zu sein.“*

gesellschaft ist ein elementarer Baustein unserer Demokratie und ein Bollwerk gegen Demokratiefeindlichkeit.

**Fazit:** Das Patentrezept gegen Populismus gibt es nicht. Dafür ist dieser zu vielschichtig und regional verschieden. Auch Unverwundbarkeit gegen antidemokratische Angriffe kann keiner garantieren. Was man persönlich und in der eigenen politischen Arbeit erreichen kann, ist ein möglichst hohes Maß an Resilienz. Diese lässt sich durch die Kombination unterschiedlicher Maßnahmen je nach regionaler Lage und Situation erreichen. Auf jeden Fall ist Resilienz ein Mittel zur eigenen Stärkung gegen Populismus, das jede und jeder erlernen kann und das zur Erhaltung einer funktionierenden Demokratie und Kommunalpolitik enorm wichtig ist.

Mehr Maßnahmen gegen Populismus kennenlernen kann man auch z.B. im Workshop „Mehr als Haltung – Strategien gegen Populismus“ in der Kommunalpolitik bei ASK, der Agentur für Politik und Gesellschaft.

**Kontakt: Oliver Löbert, Tel. 01520 2702353, loebert@ask-berlin.de**

ANZEIGE

# BEVOR ES KNALLT

## UMGANG MIT POPULISMUS LERNEN

Hass und Hetze vergiften unseren Diskurs und erschweren es, Kompromisse zu finden. Wie können wir Populisten im täglichen Umgang erfolgreich entgegentreten? Jetzt das kostenlose E-Book **MEHR ALS HALTUNG – STRATEGIEN GEGEN POPULISMUS IN DER KOMMUNALPOLITIK** downloaden!

ASK



JETZT  
**E-BOOK**  
DOWNLOADEN





MIRIAM MARNICH

Referatsleiterin Hasskriminalität  
und Extremismusprävention,  
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Foto: DStGB



# Stark im Amt

## Resilienz von Kommunalpolitiker\*innen bei Hass und Gewalt

Wir erleben angesichts aktueller politischer und gesellschaftlicher Krisen und Kriege bei den Menschen enorme Verunsicherung, Wut, Sorgen und eine Polarisierung sowie die Zunahme radikaler Einstellungen, die sich in Teilen der Politik und der Gesellschaft niederschlägt. Die Kommunal- und Landtagswahlen in diesem Jahr haben uns deutlich vor Augen geführt, dass dies auch mit dem Erstarken extremistischer Gruppierungen einhergeht. Während ein Großteil der Menschen auch in schwierigen Zeiten an die Stärke und die Kompetenz des kommunalpolitischen Engagements glaubt, sinkt das Vertrauen eines anderen Teils der Bürger\*innen in die Handlungs- und Funktionsfähigkeit „der Politik“ und „des Staates“ und damit auch in kommunale Institutionen und die Kommunalpolitik deutlich.

Kommunalpolitiker\*innen werden vielfach zur Projektionsfläche für den Unmut der Menschen, ohne dass sie die aktuellen Entwicklungen oder politische Entscheidungen selbst zu verantworten haben. Globale oder bundespolitische Themen werden

vielfach gezielt auf kommunaler Ebene adressiert und Lösungen erwartet, auch wenn klar ist, dass dort schlicht die rechtlichen und tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten fehlen. Anfeindungen, Hass und Gewalt im Netz und im beruflichen sowie persönlichen Alltag, die haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen von einem Teil der Bevölkerung entgegen schlägt, bewegen sich Jahren auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Aktuell sind laut dem „Kommunalmonitoring“ des Bundeskriminalamtes in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden 36 Prozent der Kommunalpolitiker\*innen betroffen, und

das in aller Regel mehrfach. Hinzu kommen Verwaltungsmitarbeitende, Familienangehörige und weitere Menschen, die sich in den Kommunen ehrenamtlich engagieren.

Während die meisten Kommunalpolitiker\*innen den Anfeindungen standhalten und erst recht weitermachen, trauen sich andere nicht mehr, ihre Meinung frei zu äußern, ziehen sich aus ihren Ämtern zurück oder treten nicht mehr an. Dies bestätigt auch das bereits erwähnte „Kommunalmonitoring“. Danach leiden über 80 Prozent der Betroffenen aufgrund der Anfeindungen an psychischen und physischen Folgen. Mehr als jeder zehnte Betroffene hat eine Amtsniederlegung erwogen bzw. angegeben, nicht erneut anzutreten. Im Zusammenhang mit den diesjährigen Kommunal-

wahlen gibt fast ein Drittel der Befragten an, auch aufgrund der Vorkommnisse bei den nächsten Kommunalwahlen nicht mehr erneut zu kandidieren.

Das Ausmaß, die Qualität und vor allem die Folgen von Anfeindungen, Hass und radikalen Ideologien machen nicht nur sprachlos, sondern stellen eine enorme Hürde für das kommunalpolitische Engagement dar. Seit einigen Jahren gibt es ein nachlassendes Interesse an kommunalpolitischen Fragestellungen und Beteiligungsprozessen. Insgesamt gibt es weniger Bereitschaft, sich für kommunalpolitische Ämter zu engagieren. Hinzu kommt die sich zuspitzende finanzielle Lage in den Kommunen, der massive Aufwuchs an kommunalen Pflichtaufgaben und die dagegen immer kleiner werdenden Gestaltungsspielräume vor Ort. Dieser Entwicklung müssen alle demokratischen Kräfte in Politik, Gesellschaft, Medien und der Staat mit aller Kraft entgegenwirken. Kommunal(politisch) Engagierte müssen im Umgang mit Hass, Beleidigungen und Gewalt rechtlich und tatsächlich noch besser unterstützt und geschützt werden. Gibt es künftig keine Bereitschaft mehr, sich für die kommunalpolitischen Ämter zu engagieren und ziehen sich Politiker\*innen zurück, droht uns ein ernstzunehmender Schaden für die lokale Demokratie, der auch massive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander befürchten lässt. Zugleich darf die Betrachtung der Probleme und Herausforderungen die Bedeutung und die positiven Aspekte von Kommunalpolitik und gelebter lokaler Demokratie nicht dauerhaft überlagern.

Um Kommunalpolitiker\*innen zu unterstützen, sie in ihrem Amt bzw. Mandat in ihrer Resilienz zu stärken und sie besser zu schützen, setzt sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit vielen Partnern seit Jahren intensiv im politischen Raum, bei der Gesetzgebung und in der Öffentlichkeit aktiv ein. Strategien und (Gegen-)Maßnahmen zum besseren Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger\*innen gegen Hass, Bedrohungen und Gewalt sind in einem DStGB-Papier unter [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de) (Rubrik „Positionspapiere“) abrufbar. Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag sowie in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung wird das Portal [www.stark-im-amt.de](http://www.stark-im-amt.de) zur Unterstützung der Kommunalpolitiker\*innen bereitgestellt. Dort ist auch die bundesweite Ansprechstelle Starke Stelle“ angebunden, die für Betroffenen direkt erreichbar ist und passende Hilfs- und Unterstützungsangebote auf Bundes- und Landesebene vermittelt.

*„Während die meisten den Anfeindungen standhalten und erst recht weitermachen, trauen sich andere nicht mehr, ihre Meinung frei zu äußern, ziehen sich aus ihren Ämtern zurück oder treten nicht mehr an.“*

# Zukunftsgerechte Finanzierungsmodelle für den ÖPNV



von Gabriel Flore, Manager PwC Infrastructure & Mobility, und  
Maximilian Rohs, Director PwC Infrastructure & Mobility | Public Transport Leader

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und liefert einen wesentlichen Beitrag zu einer hohen Lebensqualität und der Schaffung attraktiver Wirtschaftsstandorte. Die Verfügbarkeit eines hochwertigen ÖPNV-Angebots, auch in ländlichen Räumen, ist ein zentraler Baustein zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie zur Erreichung der angestrebten Klimaziele. Gleichzeitig stellt die Bereitstellung attraktiver Mobilitätsangebote Kommunen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage vor große Herausforderungen.

## Ohne Finanzierungswende keine Mobilitätswende

Die massiven Kostensteigerungen, u. a. getrieben von Covid-19-Pandemie, Energiekrise und Fachkräftemangel, sowie durch das Deutschland-Ticket wegbrechende Kompensationsmöglichkeiten auf der Einnahmenseite haben die ÖPNV-Branche in eine höchst kritische, teils bereits existenzbedrohende wirtschaftliche Situation gebracht. Trotz deutschlandweit ambitionierter Ziele zum Ausbau nachhaltiger Mobilitätsangebote sind vor diesem Hintergrund viele Städte und Gemeinden dazu gezwungen, Angebotskürzungen auf Straße und Schiene vorzunehmen. Um die dringend notwendige Mobilitätswende zu erreichen, ist daher eine Finanzierungswende im ÖPNV notwendig.

## ÖPNV-spezifische Sonderkreisumlage als Alternative zur (allgemeinen) Kreisumlage

In vielen Kreisen wird die (allgemeine) Kreisumlage zur Finanzierung des ÖPNV eingesetzt. Diese orientiert sich an der Finanz- bzw. Steuerkraft der jeweiligen Städte und Gemeinden und stellt durch den fehlenden ÖPNV-Bezug keine verursachergerechte Finanzierungssystematik dar. Abhilfe schafft hier die Einführung einer ÖPNV-spezifischen Sonderkreisumlage. Die konkrete Ausgestaltung kann auf die spezifischen Gegebenheiten im jeweiligen Kreis ausgerichtet werden und verschiedene, auch miteinander kombinierbare Verteilungsschlüssel umfassen. In einem kürzlich abgeschlossenen Projekt zur Neugestaltung der Finanzierungsstruktur im ÖPNV im Märkischen Kreis hat PwC vielfältige Möglichkeiten zur Schlüsselung untersucht – sowohl als Reinvarianten mit einer Bezugsgröße als auch als Kombination mehrerer Größen. Hierzu zählen u. a. die Angebotsorientierung, beispielsweise anhand der Betriebsleistung oder

den Haltestellenabfahrten, und die Raumorientierung, z. B. anhand der Anzahl der bedienten Haltestellen.

Anschließend wurden die verschiedenen Varianten hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf Ebene der kreisangehörigen Kommunen analysiert und anhand der Kriterien „finanzielle Tragfähigkeit“, „Leistungsbezug und Anreizwirkung“, „Stabilität im Zeitverlauf“ und „ausgewogene Lastenverteilung“ bewertet. Beim Aspekt der Ausgewogenheit ist zu beachten, dass die neue Systematik nicht zu unzumutbaren Verwerfungen gegenüber dem Status quo führt.

## Innovative ÖPNV-Finanzierungsmodelle als mögliche Ergänzung

Darüber hinaus wurden auch vielfältige innovative ÖPNV-Finanzierungsmodelle im Sinne einer Drittnutzerfinanzierung als mögliche Ergänzung einer ÖPNV-spezifischen analysiert und hinsichtlich ihrer Eignung eingeordnet. Schließlich gilt es aus kommunaler Sicht nicht nur darum, den Finanzierungsbedarf des ÖPNV zu verteilen, sondern diesen idealerweise auch zu reduzieren. Zu diesen ÖPNV-Finanzierungsmodellen zählen neben der klassischen Parkraumbewirtschaftung bzw. dem Bewohnerparken beispielsweise Bürger- und Mietertickets, einmalige bzw. fortlaufende Erschließungsabgaben, Kfz-Halter-Abgaben sowie Formen der Arbeitgeberbeteiligung.

## „Bausteinarartige“ Finanzierungsstruktur als Grundlage eines zukunftsfähigen ÖPNV

Anbieten würde sich demnach eine mehrstufige Finanzierungsstruktur, wie die Abbildung schematisch veranschaulicht. Diese Finanzierung könnte neben der ÖPNV-Umlage auf weiteren Finanzierungsquellen, wie Fahrgeldeinnahmen und Landesmitteln ergänzt um eine Drittnutzerfinanzierung, basieren. Die ÖPNV-Umlage differenziert dabei zwischen einem Grundangebot, Wahlleistungen im Linienerkehr (z. B. Taktverdichtung) und Zusatzleistungen im On-Demand-Verkehr.

Insgesamt zeigt sich, dass die Sicherstellung einer zukunftsfähigen ÖPNV-Finanzierung von zentraler Bedeutung ist. Daher empfehlen wir, die bedarfsweise erforderlichen Schritte zur Gestaltung und Einführung einer neuen Finanzierungsstruktur möglichst frühzeitig anzugehen.



# „Pamoja – gemeinsam stärker“

Junge Bürgermeister\*innen beim Bürgerfest  
des Bundespräsidenten

VON HENNING WITZEL



Selfie am NJB-Stand

Unter dem Motto „Pamoja – gemeinsam stärker“ luden Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender Mitte September zum traditionellen Bürgerfest in den Park von Schloss Bellevue ein. Mit dabei waren wir vom Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen – mit einem Infostand mitten im Herzen des Geschehens!

Das Bürgerfest stand ganz im Zeichen der herausragenden Rolle des ehrenamtlichen Engagements. Für uns war es eine große Ehre und Freude, unser Netzwerk in diesem besonderen Rahmen vorstellen zu dürfen. Die Einladung war ein starkes Zeichen der Anerkennung für die Arbeit, die ihr alle täglich in euren Kommunen leistet, um die Zukunft vor Ort aktiv zu gestalten und junge Menschen für die Kommunalpolitik zu begeistern.

## Mayor Moves als Highlight

Besonderes Highlight an unserem Stand war die Präsentation unserer Videoreihe „Mayor Moves – Bock auf Rathaus?!“. In dieser Reihe geben junge Bürgermeister\*innen Einblicke in ihren Alltag und zeigen, wie vielfältig, herausfordernd und spannend die Arbeit als Rathauschef\*in ist. Damit möchten wir nicht nur mit überholten Klischees aufräumen, sondern vor allem junge Menschen motivieren, sich politisch zu engagieren und die Zukunft ihrer Städte und Gemeinden selbst in die Hand zu nehmen.

Unser Stand wurde regelrecht zum Anziehungspunkt: Zahlreiche Besucher\*innen kamen vorbei, um sich über unsere Arbeit zu informieren und mehr über die Geschichten der jungen Bürgermeister\*innen zu erfahren. Das Interesse an unserem Netzwerk und an den Themen, die wir voranbringen, war großartig.



Das NJB-Team auf dem Bürgerfest

## Prominente Gäste und spannende Gespräche

Besonders gefreut hat uns der Besuch von hochrangigen Gästen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender nahmen sich Zeit, um sich persönlich über unser Netzwerk und die Herausforderungen junger Bürgermeister\*innen zu informieren. Auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, Familienministerin Lisa Paus und Innenministerin Nancy Faeser schauten an unserem Stand vorbei und zeigten großes Interesse an unserer Arbeit.

*„Es war bemerkenswert zu sehen, wie viel Wertschätzung und Neugier unserem Engagement entgegengebracht wird.“*

Es war bemerkenswert zu sehen, wie viel Wertschätzung und Neugier unserem Engagement aus dem politischen Spitzenbereich entgegengebracht wird. Diese Begegnungen haben uns auch einmal mehr darin bestärkt, wie wichtig es ist, die Stimme junger Bürgermeister\*innen auf

nationaler Ebene zu vertreten und die Kommunalpolitik für die nächste Generation attraktiv zu machen.

## Großer Einsatz vor Ort

Ein riesiges Dankeschön gebührt unseren Vorstandsmitgliedern Michael Salomo, Julia Samtleben, Martin Assmuth und Dominik Brasch, die mit vollem Einsatz dabei waren und das Netzwerk tatkräftig repräsentierten.



Auch die Bürgermeister\*innen Claudia Brandes, Lukas Becker, Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge und Matthias Beer haben am Stand Gespräche geführt und mit ihrer Leidenschaft für die Kommunalpolitik viele Menschen begeistert.

### Beste Erinnerung

Dieses Bürgerfest wird uns allen in bester Erinnerung bleiben. Die Möglichkeit, unser Netzwerk auf dieser prominenten Plattform präsentieren zu dürfen, war ein unvergessliches Erlebnis. Es war eine großartige Gelegenheit, Aufmerksamkeit auf unsere Anliegen zu lenken und neue Kontakte zu knüpfen. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei waren und mitgeholfen haben, dieses Event zu einem vollen Erfolg zu machen!

Wir freuen uns auf alles, was noch kommt – gemeinsam sind wir stärker!

Die Videoreihe „**Mayor Moves – Bock auf Rathaus?!**“ des Netzwerks Junge Bürgermeister\*innen zeigt authentisch, wer sich in unseren Gemeinden engagiert und warum. Bislang sind bereits 12 Folgen erschienen, die Klischees über Kommunalpolitik aufbrechen und vor allem junge Menschen für kommunales Engagement begeistern möchten, um so die lokale Demokratie zu stärken.

DIE KAMPAGNE WIRD VON DER BERTELSMANN STIFTUNG UND DER DEUTSCHEN STIFTUNG FÜR ENGAGEMENT UND EHRENAMT UNTERSTÜTZT.



Ihr findet die Videos unter folgendem Link:  
[www.junge-buergermeisterinnen.de/mayor-moves/](http://www.junge-buergermeisterinnen.de/mayor-moves/)



Auch Innenministerin Nancy Faeser nahm sich Zeit für einen Besuch am NJB Stand

ANZEIGE

## So digitalisieren Sie Zahlungen im öffentlichen Sektor

AUTOR: ADRIAN VON NOSTITZ, CSO & CMO GIVVE®



### Sachbezugskarte dank § 18a TVöD

Was können öffentliche Arbeitgeber tun, um Fachkräfte anzulocken? Eine Möglichkeit ist es, Ihre Angestellten mit Sachbezugskarten zu motivieren. Als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst dürfen Sie Ihren Angestellten monatlich bis zu 50€ auf eine Sachbezugskarte laden (gemäß § 18 a TVöD-VKA).

Mit der givve® Card beispielsweise können Ihre Mitarbeitenden das Guthaben flexibel bei allen Mastercard-Akzeptanzstellen in ihrer Region für Zahlungen verwenden. Seit der Paragraph 18a TVöD VKA die Gewährung des Sachbezugs für öffentlich Angestellte ermöglicht, wird dieser Benefit immer beliebter. Die wiederaufladbare Prepaid-Karte kann von Ihren Angestellten flexibel für unterschiedliche Bedürfnisse genutzt werden und verursacht kaum Aufwand in der Verwaltung.

Unabhängig von der Leistung oder Beschäftigungsdauer motivieren Sie Ihre Mitarbeitenden mit der Sachbezugskarte und zeigen damit Ihre Wertschätzung. Durch eine personalisierte Karte mit Logo/Wappen oder vollflächigem individuellen Kartendesign bleiben Sie Ihren Angestellten bei jedem Bezahlvorgang positiv im Gedächtnis. Sie erhöhen nicht nur Ihre Attraktivität als Arbeitgeber, sondern tragen außerdem dazu bei, dass die Guthaben in Ihrer Region ausgegeben werden und diese wirtschaftlich davon profitiert.

### Bezahlkarte für Leistungsempfänger

Prepaid-Karten können auch als digitales Zahlungsmittel für Leistungsempfänger eingesetzt werden, z. B. für die Auszahlung von Sozialleistungen. Im Vergleich zu Barauszahlungen sorgt das für mehr Sicherheit in den Behörden und reduziert den Verwaltungsaufwand erheblich.

Digitale Zahlungen erhöhen außerdem die Transparenz und Nachverfolgbarkeit, was Auszahlungsfehler verringert. Die givve® Bezahlkarte beispielsweise ist technisch flexibel einstellbar. Behörden können Bargeldabhebungen in beliebiger Höhe und Häufigkeit einstellen sowie die Region für den Karteneinsatz individuell bestimmen.



Mehr zur givve® Card im öffentlichen Sektor unter: [givve.com/oef-sektor](http://givve.com/oef-sektor)





# Vernetzen, Diskutieren, Vorantreiben

## JungeBürgermeister\*innen auf der SCCON 2024



Vom 15. bis 17. Oktober 2024 fand in Berlin die Smart Country Convention (SCCON) statt – der zentrale Treffpunkt für alle, die den digitalen Wandel in Staat und Verwaltung aktiv mitgestalten wollen. Auch wir, das Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen, waren vor allem am ersten Konferenztag mit eigenen Veranstaltungen vertreten.

VON HENNING WITZEL

Der Dienstag startete mit „Tech meets City“, einem gemeinsam mit Bitkom organisierten Speed-Dating-Format, bei dem fünf Start-ups ihre innovativen Lösungen für den öffentlichen Sektor vorstellten. Von automatisierter Vertragserstellung bis hin zu innovativer Flächenmanagement-Software reichte das Spektrum. Wiebke Sahin-Conolly (Bürgermeisterin von Zossen), Daniel Kiefer (Mettlach) und Toni Köppen (Bad Segeberg) nutzten die Gelegenheit, sich mit den Start-ups über konkrete Einsatzmöglichkeiten auszutauschen.

Ein weiteres Highlight war unser Roundtable zu den drängenden Themen Bürokratieabbau, Verwaltungsdigitalisierung und digitaler Infrastruktur in einer hochkarätigen Diskussion mit Johann Saathoff (Parlamentarischer Staatssekretär im BMI), Andreas Pfisterer (CEO Deutsche Glasfaser) und Ann Cathrin Riedel (NExT e. V.) und weiteren Expert\*innen mit zahlreichen Bürgermeister\*innen und weiteren Gästen. Die zentrale Erkenntnis: Die Digitalisierung der Verwaltung und der Abbau bürokratischer Hürden sind unerlässlich, um den Kommunen die Handlungsfähigkeit zu geben, die sie für zukünftige Herausforderungen benötigen. „Man kann nicht



*Die SCCON 2024 bot zahlreiche Gelegenheiten, sich aktiv in den Diskurs einzubringen und wertvolle Impulse für die Zukunft der kommunalen Digitalisierung zu sammeln.*



mit, aber auch nicht ohne Bürokratie in diesem Land“, brachte es Staatssekretär Saathoff treffend auf den Punkt. Die digitale Infrastruktur bildet das Fundament für jegliche Entwicklungen – ob Mobilitäts- und Energiewende oder Verwaltungsmodernisierung.

*„Man kann nicht mit, aber auch nicht ohne Bürokratie in diesem Land.“*

Parallel dazu waren drei Mitglieder unseres Bundesvorstands – Michael Salomo (OB Heidenheim), Martin Assmuth (BM Hofstetten) und Dominik Brasch (BM Bad Soden-Salmünster) – zu einem wichtigen Gespräch im Bundeskanzleramt eingeladen. Gemeinsam mit Benjamin Mikfeld, Leiter des Planungsstabs im Bundeskanzleramt, wurde über die Lage der Kommunen und die Herausforderungen des ländlichen Raums diskutiert. Ein sehr konstruktiver Dialog, bei dem die Perspektive unserer Kommunen deutlich gemacht werden konnte. (siehe auch Beitrag auf Seite 12)

Am Nachmittag stand unser Netzwerktreffen auf der Agenda. Hier besprachen wir mit unseren Mitgliedern die Ergebnisse des laufenden Strategieprozesses des Netzwerks. Schwerpunkte lagen auf der Profilschärfung, Themenpriorisierung und der Weiterentwicklung der organisatorischen Strukturen und Finanzierung. Der Austausch mit den anwesenden Bürgermeister\*innen war dabei sehr bereichernd und hat uns viele neue Impulse für die künftige Arbeit des Netzwerks gegeben.

Den Tag ließen wir mit dem After-Work-Event „Bülow66“ unserer Agentur ASK ausklingen.

In lockerer Atmosphäre trafen wir auf einen spannenden Mix aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Impulse kamen u.a. von Verena Hubertz (MdB), Sternekoch Thomas Bühner und ASK-Geschäftsführer Thomas Mühl- nickel. Ein Abend voller inspirierender Gespräche, mit gutem Wein und neuen Kontakten.

Unsere Mitglieder waren zudem auf verschiedenen Bühnen der SCCON vertreten: Maral Koohestanian (Wiesbaden), Eileen O’Sullivan (Frankfurt) und Holger Klötzner (Darmstadt) teilten ihre Erfahrungen über die Zusammenarbeit ihrer Kommunen beim Einsatz digitaler Lösungen. Wiebke Sahin-Connolly nahm an einer Podiumsdiskussion des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft teil. Gemeinsam mit Vertreter\*innen des BMEL, des Fraunhofer IESE und des Modellprojekts Smarte LandRegion Bernkastel-Wittlich ging es um das Thema „Digitale Lösungen für Smarte Kommunen – Ein Marktplatz für alle“. Auch Bürgermeisterin Dana Hauke (Eiterfeld) brachte ihre Expertise ein, als sie auf der Atrium Stage in einer Diskussionsrunde von NeXt e. V. über die Rolle von Netzwerken in der Verwaltung sprach.

Die SCCON 2024 war somit nicht nur eine Plattform für uns als Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen, um zentrale Themen zu platzieren, sondern bot auch zahlreiche Gelegenheiten, sich aktiv in den Diskurs einzubringen und wertvolle Impulse für die Zukunft der kommunalen Digitalisierung zu sammeln.



Bei Bülow 66 gab es abends gute Gespräche und guten Wein.



# AUSBLICK 2025



📅 19.-20. FEBRUAR

**KGSt®-Zukunftswerkstatt  
Kleine Kommunen** in Kassel

Unser Netzwerk ist Partner

📅 18.-19. MÄRZ

**Digitaler Staat**  
in Berlin

📅 4.-5. JUNI

**Jahreskonferenz  
des Netzwerk Junge  
Bürgermeister\*innen**  
in Berlin

Landesvertretung  
Baden-Württemberg

📅 19.-20. FEBRUAR

**Handelsblatt GovTec Gipfel**  
in Berlin

Unser Netzwerk ist Partner

📅 2.-3. JUNI

**Deutscher  
Kommunalkongress  
des Deutschen  
Städte- und  
Gemeindebundes**  
in Berlin

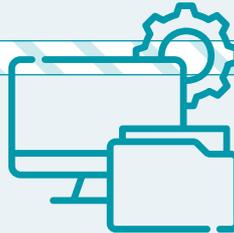
📅 13.-15. MAI

**Hauptversammlung  
des Deutschen Städtetages**  
in Hannover



📅 23.-24. JUNI

**Zukunftskongress Staat und  
Verwaltung** in Berlin



📅 27.-28. AUGUST

**Messe Kommunal**  
in Göttingen



📅 6.-8. OKTOBER

**Expo Real** in München

📅 6. NOVEMBER

**Veolia Wasser  
Dialog** in Leipzig

Unser Netzwerk ist Partner

📅 30. SEPTEMBER-  
2. OKTOBER

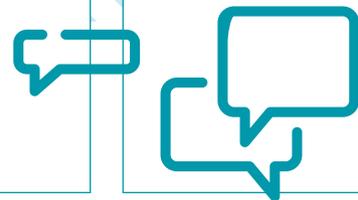
**Smart Country Convention**  
in Berlin

Unser Netzwerk ist Partner

📅 22.-23. OKTOBER

**KOMMUNALE**  
in Nürnberg

Unser Netzwerk ist Partner



ANZEIGE



**WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.**  
Die Experten für den öffentlichen Sektor.

Personalsuche | Personalauswahl | Personalentwicklung



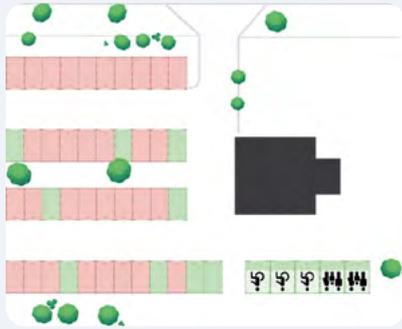
[www.zfm-bonn.de](http://www.zfm-bonn.de)

# Datenbasiertes Parkraummanagement

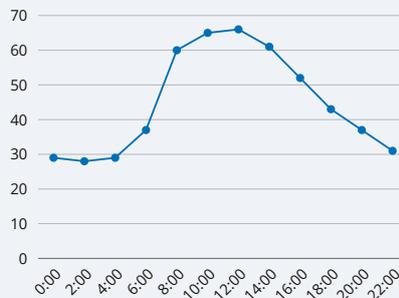
Alles aus einer Hand.

Projektierung, Installation, Betrieb, Datenbereitstellung & Instandhaltung.

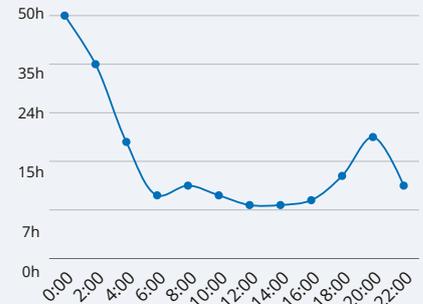
## Live-Anzeige



## Auslastung

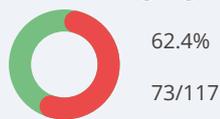


## Durchschnittliche Parkdauer



## Parkplatzbelegung

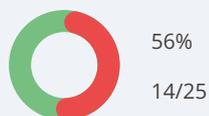
Gesamtbelegung



E-Ladesäulen-Stellplätze



Wohnmobilstellplätze



Barrierefreie Stellplätze



## LED-Anzeige Informationen

Location	Aktuelle Anzeige
Paul Gossen Str.	145
Adam Klein Str.	283
Außer Brücke Str.	152

„Früher haben wir die Auslastung händisch und in sehr großen Zeitabständen erfassen lassen. Jetzt haben wir permanent Live-Daten, die uns Statistiken über die tägliche Auslastung liefern. Wir können damit sowohl datengetrieben die Planung der Parkplätze vorantreiben, als auch die Politik und Presse bei Fragen unterstützen.“

Verkehrsverbund Oberelbe GmbH



Entdecken Sie die Erfolgsgeschichten unserer Städte!



Von einem kleinen Sensor zu vielseitigen Analysemöglichkeiten.





# Partnerschaften, von denen wir alle lernen – das heißt für uns „Eine Welt“

Markus Reichart, Erster Bürgermeister von Heimenkirch

Das libanesische Bwareij und das deutsche Heimenkirch entwickeln gemeinsam mit lokalen Akteuren Seminare für die internationale Jugendarbeit. Das Ziel: Teilnehmende setzen in ihren Gemeinden Projekte und Bildungsangebote für Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung um.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. [info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de) | [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | [www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

ENGAGEMENT  
GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE   
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung